H 8040 F
ISSN 1619-1404
27. Jahrgang
Nummer 163
November | Dezember 2016
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

»Identitäre Bewegung«

FaschistInnen mit Hakenkreis

Titelbild: Oft sieht man Fahnen der »Identitären« bei Aufmärschen der AfD wie hier in Erfurt 2016

editorial & inhalt



Seite 3

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und beim Blick auf die Republik und Europa bleibt es dabei: »Es geht noch schlimmer«. Wer dachte, das Vorjahr hätte den Höhepunkt des rechten Aufstiegs markiert, wird stets eines Besseren belehrt. Die Erfolgssträhne der »Alternative für Deutschland« reißt nicht ab und die Rechte rückt zusammen. Auf der Straße läuft die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit PEGIDA und Neonazis trotz fader Dementis schon länger Seite an Seite und gibt sich verklausuliert bis offen rassistisch und völkisch, um zur rechten Bewegungspartei aufzusteigen. Und sie dynamisieren sich gegenseitig – gerade in Ostdeutschland. Während in Dresden nach zwei Jahren immer noch wöchentlich massenhaft Deutschnationale marschieren und Björn Höcke in Erfurt wieder über 1.000 AnhängerInnen mobilisiert, geraten MigrantInnen und Linke mehr und mehr ins Fadenkreuz rechter Schläger.

Nach den rassistischen Ausschreitungen von Bautzen und Schwerin machte das Wort »Hetzjagd« die Runde und verschwand ebenso schnell wieder aus den Medien – zu vergänglich die Schlagzeilen, zu groß die Gewöhnung an das, was zum alltäglichen Wahnsinn gehört: allein von Januar bis Oktober zählten unabhängige Stellen über 1.100 Attacken auf Flüchtlinge. Auch dass Neonazis und RassistInnen 2016 wieder Menschen töteten, ist nach der ersten Empörung meist vergessen. So war es nach dem rassistisch motivierten Amoklauf mit neun Toten in München, nach der Schießerei mit einem »Reichsbürger«, bei der in der Nähe von Nürnberg ein Polizist starb, oder als ein Neonazi im österreichischen Voralberg zwei Menschen erschoss und danach Selbstmord beging. Unlängst rief die schweizerische RechtsRockband »Erschießungskommando« dann dazu auf, eine linke Politikerin zu ermorden.

Im Windschatten des europäischen Rechtsrucks hat sich auch die »Identitäre Bewegung« nicht nur in Österreich und Frankreich, sondern auch in Deutschland als poppig daherkommender Akteur der Neuen Rechten etabliert. »Identitäre« Hipster als die erfolgreicheren »Autonomen Nationalisten«? Von dem gegenwärtigen Stand der selbsternannten Bewegung handelt der Schwerpunkt in diesem Heft. Nachdem der rechte rand vor drei Jahren erstmals ausführlich über diesen scheinbaren ‹Newcomer› berichtete, werden nun Ableger und deren Aktionen in einzelnen Ländern und Bundesländern beleuchtet. Es geht um Verbindungen zum »Institut für Staatspolitik« und der AfD, um ideologische Eckpunkte und ihren soziokulturellen Habitus, der sich in Labels wie »Kontrakultur« niederschlägt.

Trotz dieser ganzen Entwicklungen ist eines sicher: unbehelligt bleiben die Rechten nicht, auch nicht 2017. In diesem Sinne: »Watch the Nazis« und kommt gut ins neue Jahr!

Eure Redaktion

Nazis sind Verbrecher

von Ernst Kovahl



Das Erschrecken und das Erstaunen waren groß, als Polizei und Staatsanwaltschaft am 13. Oktober meldeten, dass an einem Stück Stoff neben der Leiche von Peggy K. DNA-Spuren des Neonazi-Terroristen Uwe Böhnhardt gefunden wurden. 2001 war das damals neunjährige Mädchen aus Lichtenberg in Oberfranken offenbar entführt und dann ermordet worden. Erst 15 Jahre später wurde die Leiche zufällig in einem Wald in Thüringen gefunden.

Egal, in welchem Zusammenhang am Ende die DNA des toten Mitglieds des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) Böhnhardt mit dem Mord an dem Mädchen steht: Erstaunlich ist das Erstaunen in der Öffentlichkeit. Scheinbar passt es nicht ins Bild, dass ein Neonazi und rassistischer und brutaler Serienmörder auch ein Kind ermordet haben könnte – zumal ein blondes und blauäugiges deutsches Kind. Doch ein beständiges Element des Neonazismus ist Gewalt, auch tödliche Gewalt – gegen politische Gegner, gegen »Schädlinge« und gegen Schwächere. Der Neonazismus und die Idee der ins Absolute gesteigerten Grundvorstellung der Rechten, die Idee der Ungleichwertigkeit von Menschen, verleiht das Recht zum Töten und zur Ausrottung. Der Kulturtheoretiker Klaus Theweleit beschrieb das: »Der Faschist aller Länder und Kulturen, der universelle SS-Mann, der zur vollen Größe erwachte soldatische Mann ist immer selbstgeboren durch Gewalt, ausgerichtet auf die Tötung anderen Lebens. In seiner Wahrnehmung ist er nicht krank, sondern großartig, kein Patient, sondern ein Heiler.« Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt seien dabei »Mittel der Kriegsführung«.

Im Fall der ermordeten Peggy K. kann über die Hintergründe bisher nur spekuliert werden. Aber nehmen wir einmal an, dass tatsächlich Neonazis aus dem NSU oder dessen Umfeld an der Entführung, dem Mord oder am Verscharren der Leiche beteiligt waren, fänden sich zum einen Gründe dafür, die ihnen aus ihrer neonazistischen Ideologie Begründung verschafft hätten: Der Stiefvater des Kindes stammte aus der Türkei, die Mutter soll teils Kopftuch getragen haben. Zum anderen bestanden der »Thüringer Heimatschutz« (THS) und die Neonazi-Szene in der Region zwischen Jena, Saalfeld, Rudolstadt, Gera und Coburg in den 1990er Jahren, aus der sich dann der NSU entwickelte, schon immer in relevanten Teilen aus Personen, die auch gewöhnliche Kriminelle waren. Natürlich rechts, rassistisch und neonazistisch motiviert, aber das Politische war ihnen – vorsichtig gesagt – nicht immer Leitschnur. Direkte Bezüge zur organisierten Kriminalität und in den Bereich der Gewalt- und Raubdelikte, von Sexualstraftaten und der Förderung der Prostitution waren lange erkennbar.

Medien berichteten, dass auf einem Computer des NSU Pornos gefunden worden seien, die »den Verdacht nahe legen, einen sexuellen Missbrauch von Kindern darzustellen«. Schon Ende der 1990er Jahre wurde gegen Zschäpe im Kontext von Kinderpornografie ermittelt. Böhnhardt und der mutmaßliche NSU-Unterstützer Enrico T. standen 1993 im Verdacht, mit dem Mord an dem neunjährigen Bernd B. zu tun gehabt zu haben. Bis heute ist die Tat ungeklärt, doch ein Aussteiger aus der Nazi-Szene hatte ausgesagt, dass der an der Beschaffung einer NSU-Waffe beteiligte T. »auf kleine Kinder stehe«. Völlig unklar ist auch, warum in dem im November 2011 ausgebrannten NSU-Wohnmobil, in dem sich Böhnhardt und Mundlos erschossen, Kinderkleidung und Spielzeug lagen, und wer die Kinder waren, die Böhnhardt und Zschäpe bei Autoanmietungen begleiteten. Die medialen Mutmaßungen, der NSU könnte das Leben im Untergrund mit Kinderpornografie oder Kinderprostitution verdient haben, sind nicht belegbar. Dass solche Überlegungen aber nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, zeigen zwei Beispiele aus dem früheren THS. Der Gründer und in allen Jahren führende Kopf des THS und Verfassungsschutz-Spitzel Tino Brandt wurde 2014 wegen sexuellen Missbrauchs, Beihilfe zu sexuellem Missbrauch und Förderung von Prostitution in 66 Fällen verurteilt und sitzt in Haft. Bereits 2009 gingen Hinweise an die Polizei, er vermittle mit einem anderen V-Mann rumänische Jugendliche an Pädophile und produziere mit ihnen pornografische Filme. Auch dem früheren THS-Aktivisten und späteren Thüringer NPD-Chef Patrick Wieschke wurde 2001 vorgeworfen, ein zwölfjähriges Mädchen in seiner Wohnung eingeschlossen, bedroht und sexuell misshandelt zu haben. Aber auch in anderen Fällen war die Szene rund um den THS nicht zimperlich. Gegen Brandt wurde zuletzt wegen gewerbsmäßigen Bandenbetrugs ermittelt. Er soll mit einem weiteren ehemaligen Nazi-Spitzel und anderen Personen eine Versicherung mit fingierten Arbeitsunfällen um etwa eine halbe Million Euro betrogen haben. Andere Neonazis aus der Region, unter ihnen ein ehemaliger THSler, überfielen 1999 gemeinsam mit drei Litauern brutal einen Geldtransporter, um mit den 70.000 DM Beute ein Bordell zu kaufen. Ein weiterer Neonazi aus diesem Umfeld war in Jena Mieter von Wohnungen für Prostitution.

Immer wieder gibt es Berichte über Neonazis, die in Drogenhandel, Prostitution oder Raub verwickelt sind. Aber hier, im Kernland des NSU, schien diese Mischung über Jahre zum Geschäftsmodell zu gehören. Im THS und seinem Umfeld war es offenbar völlig normal, zugleich organisierter Neonazi und gewöhnlicher Krimineller zu sein. Polizei, Justiz und Geheimdienst haben den organisierten Charakter dieser Misch-Szene nie erkannt oder sehen wollen. Warum?

NPD: Untote Partei

Ein Verbot der NPD sei überflüssig, behaupten Viele spätestens seit ihrer Wahlniederlage in Mecklenburg-Vorpommern. Tot ist die Partei aber noch lange nicht. Nur ihre Funktion als Wahl- und Bewegungspartei hat sie derzeit verloren.

von Ernst Kovahl



> Die NPD war auch schon im Jahr 2000 am Brandenburger Tor.

Unbestritten, die NPD ist nicht gut in Schuss. In Mecklenburg-Vorpommern flog sie im September 2016 nach zehn Jahren aus dem Landtag. Nur noch 24.365 Menschen wählten die Neonazi-Partei (3 Prozent), 2011 waren es 40.642 Stimmen (6 Prozent) und beim ersten Einzug 2006 sogar 59.845 Stimmen (7,3 Prozent). Bereits 2014 war die NPD in Sachsen, ihrer zweiten parlamentarischen Hochburg, nach zwei Legislaturperioden ebenfalls aus dem Landtag geflogen. Ihr Scheitern in den Parlamenten hat schmerzhafte Konsequenzen: weniger Geld aus der staatlichen Wahlkampfkostenrückerstattung, keine mit Steuermitteln bezahlten Abgeordneten, MitarbeiterInnen und Wahlkreisbüros mehr, kein Zugriff auf exklusive Informationen, keine Bühne im Parlament und keine Immunität vor Strafverfolgung für die ParlamentarierInnen. Für die Partei ist dies vor allem ein finanzielles Desaster – Millionen Euro aus Steuergeldern fließen nun nicht mehr in die Kassen von Partei und Fraktionen.

Niederlagen

Auch bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 (1,9 Prozent) und Berlin am 18. September 2016 (2,1 Prozent) zeigte sich, dass die NPD als Wahlpartei derzeit keine relevante Rolle spielt. Bei den Kommunalwahlen im März 2016 in Hessen sowie in Niedersachsen verlor die Partei ebenfalls. 13.000 Stimmen (0,1 Prozent) in ihrem historischen Stammland im Nordwesten sind ein Schlag ins Wasser. Neben ihrer bundesweit sinkenden kommunalen Verankerung – aber immerhin noch etwa 350 Mandate – bleibt der Partei gegenwärtig nur noch der Sitz vom Ex-Parteichef Udo Voigt im Europaparlament.
Das Bild einer gescheiterten Partei kann man problemlos weiter zeichnen: Bundesweit nimmt die »Alternative für Deutschland« (AfD) der NPD Stimmen und Themen weg, auf den Straßen sind PEGIDA und Co. mobilisierungsfähiger; mit den militanten Neonazi-Kleinstparteien »Die Rechte« und »Der III. Weg« ist in den letzten Jahren neue Konkurrenz am rechten Rand herangewachsen. Die Mitgliederzahlen sanken auf 5.200 im vergangenen Jahr, eine Reihe von Landesverbänden sind faktisch tot und mit dem Austritt des Neonazi-Kaders Thomas Wulff sowie dem Tod des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Frank Schwerdt verlor die NPD jüngst zwei wichtige Bindeglieder in die Szene der militanten »Kameradschaften«.

Stabile Seitenlage

Die NPD befindet sich in einer tiefen Krise – mal wieder. Doch tot ist sie nicht, sie befindet sich eher in der stabilen Seitenlage. Denn das medial gern gezeichnete Bild relativiert sich schnell im Blick zurück. In den 1990er Jahren saß der Parteivorsitzende Günter Deckert zeitweise im Gefängnis, die Partei hatte nur knapp 3.000 Mitglieder, deutlich weniger Kommunalmandate als heute und ihr fehlten die Erfahrungen, die Präsenz und die politischen Kontakte aus der erst jüngst beendeten Zeit in den Landtagen. Damals, bevor Udo Voigt den Vorsitz der Organisation übernahm, erinnerte die NPD tatsächlich an eine sterbende Partei aus alten Männern und NS-NostalgikerInnen. Aus dieser Situation gelang es ihr mit strategischem Agieren und vor dem Hintergrund von Vereinsverboten mit dem Zustrom jüngerer AktivistInnen in wenigen Jahren zur Sammlungsbewegung und mobilisierungsstärksten Kraft der extremen Rechten zu werden.

Wesensverwandtschaft mit dem NS

Das politische Hauptinteresse der NPD ist nicht das Ringen um reale Veränderungen in den Kommunal- oder Landesparlamenten. Ihre Präsenz dort ist funktionalistisch. Es ist ihre Chance, Plattformen und Bühnen für die eigenen rechten und rassistischen Botschaften zu finden und materielle Vorteile für die politische Arbeit zu erlangen. Im Kern geht es einem relevanten und strategisch denkenden Teil der NPD vor allem darum, unter dem Schutzschild einer Partei über ein legales Dach zum Weitertragen nationalsozialistischer Vorstellungen zu verfügen. Die »Wesensverwandtschaft« der Partei mit dem Nationalsozialismus, das zentrale Argument der KlägerInnen im Verbotsverfahren, ist offensichtlich.
»Wer meint, die NPD totsagen zu wollen, verkennt den Idealismus, von dem wir alle erfasst sind!«, schrieb der NPD-Vorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, in der Oktober-Ausgabe der Parteizeitung »Deutsche Stimme« (DS). Auch wenn er so wahrscheinlich nur das Wahldesaster schön reden wollte, so beschreibt er damit doch ungewollt den Kern der Partei. Denn auf dem Weg zu einem an völkischen Kriterien und den Vorstellungen des NS ausgerichteten Deutschland sind verlorene Landtagswahlen in der »Judenrepublik« (Udo Pastörs) nur kleinere Hindernisse. Wer sich, wie die NPD, in einer feindlichen Umgebung wähnt, denkt in anderen Kategorien als der Präsenz in Parlamenten der Bundesrepublik. Hetzer wie Udo Pastörs, Geschäftemacher wie Thorsten Heise, Kader aus der »Wiking Jugend« wie der Gewalttäter Manfred Börm oder die Nachkommen aus den völkischen Sippen lassen sich in ihrem Denken und ihrem Handeln nicht von Wahlniederlagen beeindrucken. Für sie ist die NPD weniger eine Wahlpartei als ein Ort zum Tradieren von nationalsozialistischer Politik, eine Gesinnungspartei.

Keine »Untergangsstimmung«

Wenn der amtierende NPD-Vorsitzende Frank Franz nach der verlorenen Wahl in Mecklenburg-Vorpommern im Interview mit dem Web-TV der NPD »NPD TV« (7. Oktober 2016) den Wahlkampf der Partei im Nordosten lobt und betont, seine Partei sei nach der Niederlage nicht



in »Untergangsstimmung« verfallen, ist das einerseits Partei-Prosa, um die Niederlage schön zu reden. Andererseits ist aber bisher ein offener Machtkampf in der Partei ausgeblieben, der nach solchen Verlusten zu erwarten gewesen wäre. Die Partei müsse sich wieder stärker um die »Verankerung in den Kommunen«, »mehr Graswurzeldenken« und eine stärkere Arbeit »vor der eigenen Haustür« bemühen, fordert Franz. In seinem »Dreijahresplan« skizziert er die nötigen Schritte, um 2019 den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag zu erreichen. Es sei nötig, »gemeinschaftsbildend in die Partei« zu wirken sowie Strukturen und Verbände zu aktivieren, um bei der Europa- und den Landtagswahlen 2019 wieder »voll auf der Wahlkampfebene durchstarten« zu können.
Die Partei solle sich, so schreibt Franz in einem Artikel in der Oktober-Ausgabe der DS, auf aussichtsreiche Wahlen konzentrieren und nicht Gelder in »aussichtslosen Wahlkämpfen« versenken. Antreten solle die NPD als nächstes bei der zwar chancenlosen, aber politisch wichtigen Bundestagswahl 2017 und der Landtagswahl im Saarland, wo in einem »kleinen Bundesland mit einem relativ überschaubaren Einsatz an Mitteln ein recht intensiver Wahlkampf geführt« werden könne. Zudem sei die konkurrierende AfD dort »in einem nicht sonderlich stabilen Zustand«. Die Europawahl und die Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie ausgewählte Kommunalwahlen, bei denen Chancen auf Mandate bestünden, seien wichtige und lohnende Aufgaben. Diese Konzentration bedeutet zugleich, dass Franz bereits jetzt die Wahlen 2017 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, 2018 in Niedersachsen, Bayern und Hessen sowie 2019 in Bremen für die NPD verloren gibt. Franz will die NPD zu einer »Kümmererpartei« machen, die als »Hilfs- und Bollwerk unseres Volkes« fungiere. Unter dem Titel »Deutsche helfen Deutschen / Hilfswerk« soll praktische Solidarität organisiert werden.

Hauptkonkurrent AfD

Wer im Spätsommer 2016 durch Mecklenburg-Vorpommern fuhr, kam an den zehntausenden Plakaten der NPD nicht vorbei. Dass die Partei hier im September scheiterte, lag weniger an eigenen Schwächen oder einem Rückgang rechter WählerInnen als an der Stärke der AfD, die 20.000 bisherige NPD-WählerInnen aufsog. Wären diese Stimmen bei der Neonazi-Partei geblieben, hätte sie erneut den Sprung ins Parlament geschafft.

NPD-Verbot?

Über allem schwebt weiterhin das mögliche Verbot der NPD. Nachdem im März 2016 das Bundesverfassungsgericht über den Verbotsantrag des Bundesrates verhandelte, will das Gericht Mitte Januar eine Entscheidung verkünden – Ausgang ungewiss. »Das NPD-Verbotsverfahren ist überflüssig«, meinte der Journalist Frank Jansen im »Tagesspiegel« (6. September 2016) nach der für die Partei verlorenen Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Die Partei sei erledigt. »Man könnte auch sagen: Die NPD verbietet sich selbst«, flachst der Reporter. Auch zahlreiche andere Stimmen aus Medien, Politik und Wissenschaft lehnen nun das Verbot ab. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs der AfD gilt die NPD plötzlich nicht mehr als Gefahr. Doch es bleiben Fragen: Ab wieviel Prozent der Stimmen bei Wahlen ist eine Partei des militanten Neonazismus gefährlich? Wie viele Parlamentssitze braucht es, damit die zwangsweise Auflösung einer Partei, die den NS verherrlicht, Rassismus und Antisemitismus propagiert und die Demokratie stürzen will, als richtig erachtet wird? Und bisher konnte niemand schlüssig erklären, welche Vorteile es denn für Demokratie, Antifaschismus, Antirassismus und eine plurale Gesellschaft haben sollte, wenn eine Partei von Neonazis, AntisemitInnen, NS-FanatikerInnen und Holocaust-LeugnerInnen Millionen Euro aus Steuergeldern erhält, in Parlamenten sitzen darf, auskömmlich mit Jobs und Informationen ausgestattet wird und ihre Hetze unter dem Schutzschirm des Parteienprivilegs verbreiten kann. Eine Mehrheit der Bevölkerung von 60 Prozent jedenfalls befürwortet ein Verbot »rechtsradikaler Parteien«, wie jüngst eine Umfrage des »Instituts für Demoskopie Allensbach« zeigte.

Partei im Wartestand

Der Erfolg der AfD war der letzte fehlende Sargnagel für die angeschlagene Wahlpartei NPD. Kurzfristig scheint sie an den Wahlurnen keine Chance gegen die neue Konkurrenz zu haben. Aber noch immer verfügt die NPD in einer Reihe von Bundesländern über eine stärkere Präsenz in Kommunalparlamenten, besser ausgebaute Strukturen und ein eingespielteres Netzwerk alter und junger Neonazis als ihre Konkurrenz aus dem neonazistischen Bereich wie »Die Rechte« oder »Der III. Weg«. Anders als die AfD ist die NPD über Jahrzehnte und im Kampf gegen politische Widrigkeiten aller Art ideologisch und im Zusammenhalt gefestigt. Mit ihrem Monatsblatt »Deutsche Stimme« verfügt die Partei weiterhin über eine wichtige Publikation der extremen Rechten. Durch ihre Ergebnisse bekommt sie zwar geringere, aber weiterhin relevante Wahlkampfkostenrückerstattung vom Staat und nutzt das Parteienprivileg als juristisches Schild gegen Veranstaltungsverbote – trotz Krise, Streit und Niedergang. Falls die elektorale, aber nicht programmatische Hauptkonkurrenz der NPD, die AfD, in absehbarer Zeit – woran auch immer – scheitern sollte und die neonazistische Konkurrenz der Kleinstparteien sich weiterhin nicht zu einer relevanten Wahlpartei entwickeln kann, dann wird die NPD mit ihren zwar prekären, aber seit 52 Jahren existierenden und routinierten Strukturen im Wartestand sofort wieder – wie Phoenix aus der braunen Asche – da sein. Ebenso wie in den 1990er Jahren, als eine rassistische und neonazistische Bewegung auf den Straßen und in den verbotenen Kleinststrukturen eine neue Organisation brauchte – eine Organisation, die schwerer zu verbieten ist, als »Kameradschaften« und Vereine. Zeitweise war es der NPD gelungen, eine erfolgreiche Bewegungs- und Wahlpartei zu sein. Diese Funktionen hat sie verloren. Aber der über Jahrzehnte stabile Kern der NPD, der die Partei als völkische und nationalsozialistische Gesinnungspartei versteht, wird die Organisation unbeeindruckt von Wahlerfolgen oder Wahlniederlagen und unbeeindruckt von gesellschaftlichem Wandel durch die Zeit bringen. Sollte die Partei wieder gebraucht werden, wird sie erneut bereit stehen.



»Rechtes Plenum« Chemnitz

Seit über einem Jahr versucht sich in Chemnitz die Neonazi-Gruppe »Rechtes Plenum« sich zu etablieren und die Vorherrschaft auf der Straße zu übernehmen. Parallelen zur Neonazi-Szene in Dortmund sind kein Zufall.

von Johannes Grunert

Das Vereinigungsverbot der »Nationalen Sozialisten Chemnitz« (NSC) im März 2014 hatte die Chemnitzer Szene schwer getroffen. Manche ihrer Mitglieder traten in die Partei »Der III. Weg« im Erzgebirge ein, andere feierten die Wiedergeburt der »Jungen Nationaldemokraten Chemnitz«. Doch aufgrund zahlreicher Differenzen blieb es in der städtischen Neonazi-Szene zwei Jahre lang ruhig. Daran änderte auch die Wiederbelebung der neonazistischen Fußball-Fangruppierung »NS-Boys« nichts – bis sich im vergangenen Jahr eine Gruppierung namens »Rechtes Plenum« gegründet wurde.

Hippe Auftritte – gewalttätige Aktionen

Die Gründung des »Rechten Plenums« schien für einige der Ex-Kameradschafter der NSC eine attraktive Möglichkeit für eine Neuorganisierung zu bieten. Entstanden war eine Gruppe, die soziale Medien geschickt für ihre Propaganda zu nutzen wusste. Die selbsternannten »Nipster« (»Nazi-Hipster«) vermittelten in ihren Auftritten auf Facebook, Tumblr, Instagram und Twitter ein modern-ästhetisches Bild ihrer nationalsozialistischen Ideologie. Hitler und Goebbels wurden offen heroisiert, Ulrich Graf, SA-Gründungsmitglied und Leibwächter Hitlers, erkoren sie zur ihrer Galionsfigur. Andere Rechte, die versuchten, sich vom Bild der Hitler-Verehrer zu lösen, wurden als Heuchler geächtet. Speziell die »Identitäre Bewegung« diente ihnen diesbezüglich als Feindbild.

Auf seiner mittlerweile abgeschalteten Website veröffentlichte das »Rechte Plenum« einen »Appell«, in dem es die Auflösung »aller nationalistischen Parteien zum Wohle der Neugründung einer Einheitspartei völkisch-sozialistischer Ausrichtung« forderte. Erklärtes Ziel des »Rechten Plenums« war es, die Vorherrschaft innerhalb der Szene zu erlangen, um danach die Szene aus der langjährigen Krise zu holen und im Chemnitzer Stadtviertel Sonnenberg einen Angstraum für Nicht-Rechte aufzubauen.

Führende Köpfe aus Niedersachsen

Die neue Kameradschaft entstand, nachdem Patrick Kruse im Jahr 2014 aus Pattensen bei Hannover nach Chemnitz gezogen war. Der 23-Jährige galt schon seit Jahren als nonkonform gegenüber den sturen Kameradschaftshierarchien, wurde aber von vielen auch aufgrund seiner Eigenheiten gemieden. Bekanntheit erlangte er vor allem durch seine vegane Neonazi-Kochshow »Balaclava-Küche« und sein Liedermacherprojekt »Jugendgedanken«. Wegen mehrerer Anschläge und Übergriffe während seiner Zeit bei der Kameradschaft »Besseres Hannover«, unter anderem auf einen Geflüchteten im Hungerstreik, wurde er Anfang 2015 zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Er und Karl Schittko, der ebenfalls aus Niedersachsen stammt, galten zusammen mit einem aus dem erzgebirgischen Lichtenstein zugezogenen »Kameraden«, als Macher der Gruppe. Um dieses Trio schart sich eine Gruppe von 19- bis 28-jährigen Männern und Frauen aus Chemnitz und Umgebung. Drei von ihnen waren seit Jahren in der rechten CFC-Fanszene um die »NS-Boys« aktiv und liefen bei Aufmärschen im Block der NSC mit. Einer kandidierte zudem 2014 bei der Kommunalwahl für die Wählervereinigung »Pro Chemnitz«. Mit M.-A. R. und Nicki S. stießen zwei weitere, bereits in der Vergangenheit aktive Neonazis zur Gruppe. Der 19-jährige Florian M. und die 20-jährige Sandra W. waren zuvor unbeschriebene Blätter.

Moderne Ästhetik und Quartierkampf

Die Kameradschaft orientiert sich in ihrer Ästhetik, die vor allem in Form von Grafiken im Internet propagiert wird, an Vorbildern wie dem italienischen »Casa Pound«, dem spanischen »Hogar Social Madrid« und ukrainischen Nationalisten. Wie bereits die »Autonomen Nationalisten« adaptiert das »Rechte Plenum« linke Symbolik und deutet beispielsweise antifaschistische Songs um. Die Gewaltaffinität, die aus ihrem Propagandamaterial spricht, und ihre große Zahl an Kickboxern, die zum Teil auch an

< Selbstinszenierung der Gruppe im Netz

Wettkämpfen teilnehmen, muss als reale Bedrohung für alle Feindbilder der Gruppe verstanden werden.

Tatsächlich beabsichtigen die Mitglieder, den in einem »Appell« angekündigten »Quartierkampf«, mit Gewalt und Propaganda auf der Straße durchzusetzen. Als die Gruppe im April 2016 vermehrt versuchte, mit Schmierereien und Aufklebern ein für sich in Anspruch genommenes Revier zu markieren, kam es zu mehreren Übergriffen auf dem Sonnenberg. Eine Gruppe alternativer Jugendlicher wurde bis in eine Kneipe verfolgt, einer jungen Frau auf offener Straße ins Gesicht gespuckt, ein Pärchen beim Einkaufen angegriffen und nicht-rechts aussehende Menschen in ihrem Wohnviertel bedroht. Die dreifache Brandstiftung im April 2016 in einem von vielen MigrantInnen bewohnten Haus, das sich nur 200 Meter vom ehemaligen Treffpunkt des »Rechten Plenums« entfernt befindet, fällt in die Hochphase der Gruppe.

Eine Wohnung in der Chemnitzer Uhlandstraße nutzten die Mitglieder über Wochen zur Planung von Aktionen, als Rückzugsort nach Übergriffen und zur Einbindung neuer Mitglieder. Von dort zogen die Mitglieder des »Rechten Plenums« auch zu ihrer sogenannten »Kiezstreife« los. Gemeinsam mit Chemnitzer Schülern postierten sie sich, vermummt und mit Zaunlatten und Nudelhölzern bewaffnet, vor deren Schule – nachdem man zuvor Stockkampf in der Wohnung in der Uhlandstraße geübt hatte. Mit Aktionen wie dieser schaffte es die Gruppe, eine Kontrolle über ihre vermeintlich »national befreite Zone« zu suggerieren und gleichzeitig eine Erlebniswelt für jüngere, noch weniger stark ideologisierte rechte Jugendliche zu bieten. Auf Facebook wurde die Seite »Kopfsteinpflaster«, die als Blog für derartige Aktionen fungierte, mit Tausenden von Likes belohnt.

Innenministerium – ahnungslos

Das Sächsische Innenministerium behauptete in den Antworten auf zwei Kleine Anfragen von Kerstin Köditz (Mitglied des Landtages, »Die Linke«), bei »Kopfsteinpflaster« handle es sich um den Namen der Gruppe. Das Innenministerium schätzte ihre Stärke auf »mindestens elf Mitglieder«. Exakt diese Zahl an Personen findet sich auf einem Bild der beschriebenen »Kiezstreife«. Außer Sprühereien, die mit der Gruppe in Verbindung gebracht werden, konnte das Ministerium nichts berichten. Im »Rechten Plenum« sieht das Ministerium »keine sächsische Organisation«. Nur eine in den Sozialen Netzwerken verkündete Aktion der Gruppe war dem Ministerium zur Zeit der Anfrage bekannt. Die örtliche Polizei zeigte sich der Gruppe gegenüber unbeholfen. Selbst als man Mitglieder des »Rechten Plenums« mit einem Banner vor ihrer Wohnung antraf, konnten diese sich weiteren Maßnahmen entziehen, indem sie sich ins Haus zurückzogen. Teile der antirassistischen Zivilgesellschaft auf dem Sonnenberg behalfen sich inzwischen damit, beklebte Laternen vom lokalen Energieversorger reinigen zu lassen oder mit Wolle zu umhäkeln, um ein weiteres Bekleben zu verhindern.

Dortmunder Zustände in Chemnitz

Als Gegenstrategie in einem von militanten Neonazis für sich beanspruchten Stadtviertel reichen solche Aktionen allerdings nicht aus, wissen die Journalisten Felix Huesmann und Sebastian Weiermann aus dem Ruhrgebiet. Sie erkennen zahlreiche Parallelen zwischen dem »Quartierkampf« des »Rechten Plenums« und der neonazistischen Raumnahme der Mitglieder des verbotenen »Nationalen Widerstands Dortmund« und dessen Nachfolgepartei »Die Rechte« im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld. Huesmann sieht dabei vor allem Gemeinsamkeiten in der Art der Aneignung des urbanen Raums. In Dortmund seien seit 2004 junge Neonazis in ein Viertel gezogen, in dem es in den Vorjahren kaum antifaschistische Aktivitäten gegeben habe, was auch auf dem Chemnitzer Sonnenberg der Fall ist. Zudem seien an beiden Orten zuvor ältere neonazistische Skinheads im öffentlichen Raum präsent gewesen. Auch ein zentraler Platz als Anlaufpunkt sei Bestandteil der »Nazi-Kiez«-Konzepte. Während der Dortmunder Wilhelmplatz Dreh- und Angelpunkt der Neonazis um Christoph Drewer, Dennis Giemsch, Michael Brück und ihrer Parteikameraden geworden ist, haben die Chemnitzer Neonazis den Sonnenberger Lessingplatz als Treffpunkt auserkoren.

In seiner Bewertung über die Zustände in Dortmund bemängelt Sebastian Weiermann das Fehlen zivilgesellschaftlicher Gegenaktivitäten. Die antifaschistische Szene habe zwar versucht, gegen die rechte Verbreitung im Viertel mobil zu machen, dies sei von der Zivilgesellschaft jedoch größtenteils ignoriert worden. Bewusst hätten die Neonazis auf Konfrontation mit der im Viertel stark vertretenen migrantischen Community verzichtet. Anders wäre der Aufbau der rechten Strukturen gar nicht möglich gewesen. Man dürfe das Raumnahmekonzept der Neonazis nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern müsse potentiell Betroffene rechter Gewalt über die Bestrebungen aufklären und immer wieder auf die Strategie der Rechten hinweisen. Nur so könne verhindert werden, dass der Sonnenberg sich zu einem Angstraum entwickle, wie es in Dorstfeld seit Jahren der Fall ist.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Dorstfeld und den Bestrebungen auf dem Sonnenberg sind kein Zufall: Seit Jahren gibt es gute Verbindungen zwischen Chemnitzer und Dortmunder Neonazis. Bereits zu Zeiten der NSC besuchten sich die Kameradschaften gegenseitig und nahmen wechselseitig an Aufmärschen teil. Die »NS-Boys« und die Dortmunder »Borussenfront« pflegen eine enge Beziehung. Faktisch wurde das Konzept und die Symbolik des »Nazi-Kiezes« seitens der Chemnitzer aus Dortmund übernommen, ebenso ähneln sich der Wortlaut zahlreicher Schmierereien und die vom »Rechten Plenum« angebrachten Aufkleber mit jenen in der Ruhr-Metropole.

Interne Differenzen – anhaltende Gewalt

Am 28. Mai 2016 hatte das »Rechte Plenum« in einen stillgelegten Steinbruch nördlich von Chemnitz geladen, um mit TeilnehmerInnen aus Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und der Region Chemnitz militantes Vorgehen bei Versammlungen zu üben. Kruses Freundin Maria Fank aus Berlin hielt einen Vortrag zum Thema »Rechtssicherheit«. Eine zweite, für Juni geplante Veranstaltung unter dem Namen »Kiez-Schulung« wurde kurzfristig abgesagt. Seitdem wurde es zunächst ruhiger um das »Rechte Plenum«. Einzelne Einträge von Mitgliedern in sozialen Medien deuten auf interne Streitigkeiten hin. Nachdem Facebook mehrmals Seiten aus dem Kreis der Gruppierung löschte und auch die Website abgeschaltet wurde, ist vom »Rechten Plenum« als Gruppe kaum mehr etwas zu vernehmen. Auch die Wohnung in der Uhlandstraße konnte offenbar nicht mehr genutzt werden. Dennoch sind die Bestrebungen, auf dem Chemnitzer Sonnenberg, eine »National Befreite Zone« zu errichten, nicht vorbei. Seit September 2016 häuften sich mit dem Zuzug eines weiteren Gruppenmitglieds wieder rechte Sprühereien. Massive Sachbeschädigungen am Büro der Landtagsabgeordneten Susanne Schaper (»Die Linke«) führten dazu, dass Schaper von ihrem Vermieter gekündigt wurde. Damit kamen die Neonazis ihrem Ziel, die politische Vorherrschaft auf dem Sonnenberg zu übernehmen, ein Stück näher – auch dank der geringen öffentlichen Aufmerksamkeit und mangelnder zivilgesellschaftlicher Gegenwehr

Noch eine Landtagsfraktion

Nach dem Erfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist die »Alternative für Deutschland« mittlerweile in allen fünf ostdeutschen Landtagen vertreten.

von Hannes Stepputat



Die »Alternative für Deutschland« (AfD) wollte in Mecklenburg-Vorpommern Geschichte schreiben und ein bisschen ist ihr das auch gelungen. Mit 20,8 Prozent zog sie am 4. September in den Schweriner Landtag ein. Das Ergebnis in dieser Höhe war allgemein erwartet worden; dass es ihr gelang als zweitstärkste Kraft die CDU von Innenminister Lorenz Caffier auf den dritten Platz zu verweisen, hingegen nicht. Jetzt sitzt die AfD mit 18 Abgeordneten – darunter Christel Weißig als einzige Frau – für fünf Jahre im Landesparlament. Die Rostockerin Weißig ist die Alterspräsidentin und eröffnete mit ihrer Rede die neue Legislaturperiode.

Die Fraktion

Um den Fraktionschef Leif-Erik Holm sammeln sich 17 Abgeordnete, die heterogener kaum sein könnten: Unter ihnen sind Überläufer von CDU und SPD wie Jürgen Strohschein und Christoph Grimm, Burschenschafter wie Enrico Komning, Sandro Hersel und Stephan Reuken. Dabei sind ein Polizist, Nikolaus Kramer, der Familienrichter Matthias Manthei, der Galerist Holger Arppe und ein Juraprofessor der Universität Greifswald, Ralph Weber, sowie Fans der »Aufbruchstimmung« von 1989/90 wie Dirk Lerche und Jörg Kröger. Hinzu kommen (Ex-)Unternehmer wie Bernhard Wildt und Thomas de Jesus Fernandes und frühere Werftarbeiter wie Ralf Borschke.

Anfang Oktober scheiterte Ralph Weber beim Versuch, sich zum 2. Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Er bekam 20 Stimmen – also zwei mehr, als ihm aus den Reihen der AfD sicher waren. Bekannt ist Weber, weil er in der Universität in »Thor Steinar«-Kleidung auftrat - weshalb das Tragen der Marke in der Hochschule verboten wurde -, öffentlich Sympathien für die NPD zeigte und zuletzt den Brandenburger Neonazi und Rechtsanwalt Maik Bunzel promovierte. Bunzel war Sänger der Band »Hassgesang«, weshalb er in Bayern seines Postens als Amtsrichter auf Probe enthoben wurde. Der rechte Professor Weber ist selbst in der eigenen Partei umstritten: Bei der Nominierung zum Vizepräsidentschaftskandidaten trat Webers Fraktionskollege Gunther Jess gegen ihn an. Laut NDR sagte Jess, er könne nach außen einen moderateren Kurs verkörpern als Weber. Am Ende unterlag Jess, der im September 2014 im Kreistag Vorpommern-Greifswald einem NPD-Antrag zugestimmt hatte, deutlich in der parteiinternen Abstimmung.

Der Rostocker Holger Arppe ist erstinstanzlich wegen Volksverhetzung verurteilt, die Berufung steht noch aus. Vor Gericht ließ er sich vom Rostocker Rechtsanwalt Sven Rathjens vertreten, der für seine Mandate aus Rocker- und Neonazikreisen bekannt ist. Für Arppe, der bisher als selbstständiger Galerist, aber auch in einem Callcenter gearbeitet hat, dürfte das Landtagsmandat vor allem einen ökonomischen Aufstieg bedeuten. Er sitzt bereits seit mehreren Jahren unauffällig in der Rostocker Bürgerschaft. Zuletzt machte er Schlagzeilen, als er sich positiv auf die »Identitäre Bewegung« bezog, die er als »klug und gewitzt« bezeichnete. Hingegen dürfte der Wirtschaftsrechtsanwalt Enrico Komning nicht auf die Diäten eines Landtagsabgeordneten angewiesen sein. Komning stammt aus Neubrandenburg und führt eine international tätige Rechtsanwaltskanzlei. Er ist nach eigenen Angaben Mitglied der »Greifswalder Burschenschaft Rugia«, war Mitglied im Landesvorstand der »Schill-Partei« und saß für die FDP im Neubrandenburger Stadtparlament.

Machtgerangel

Es könnte sich ein Konflikt zwischen dem in weiten Teilen der Öffentlichkeit als »gemäßigt« wahrgenommenen Flügel und dem nationalistisch-völkischen anbahnen - Machtspielchen gibt es jedenfalls bereits. Dem »gemäßigten« Flügel werden unter anderem die beiden Parteisprecher Leif-Erik Holm und Matthias Manthei zugerechnet, beide geben sich nach außen vergleichsweise moderat. Im Wahlkampf sagte Holm aber auch, inhaltlich stimme er mit Alexander Gauland und Björn Höcke weitgehend überein – die Unterschiede zwischen ihnen beträfen Stilfragen. Zudem war Holm zwei Jahre lang Büroleiter von Beatrix von Storch. Das Attribut »gemäßigt« dürfte bei ihm wohl allein auf seine ruhige Art zutreffen, die er sich aus seinem früheren Radiomoderatoren-Job bewahrt hat. Auch die Bildung des Fraktionsvorstandes verlief nicht konfliktfrei und ist ein weiteres Beispiel für das spannungsgeladene Zusammenspiel beider Parteiflügel. Während Holm erwartungsgemäß den Job des Fraktionschefs übernahm, konnte sein Co-Sprecher Matthias Manthei den Posten des parlamentarischen Geschäftsführers nur per Losverfahren ergattern, nachdem drei Wahlgänge ergebnislos geblieben waren. Als Gegenkandidat war Thomas de Jesus Fernandes angetreten. Die restlichen drei Posten im Vorstand bekleiden Holger Arppe, Enrico Komning und Ralph Weber – allesamt wie Fernandes Vertreter des nationalistisch-völkischen Parteiflügels, der damit die Mehrheit stellt. Sie stoppten geplante Regelungen in der Fraktionsgeschäftsordnung, die Holm mehr Macht verliehen hätten, und stärkten so ihre Einflussmöglichkeiten.

Derzeit läuft es gut für diesen Parteiflügel. Ein Indiz, in welche Richtung es die Fraktion treiben wird, könnten die bislang bekannt gewordenen Mitarbeiter sein: Als Pressesprecher wurde ein ehemaliger Redakteur der »Jungen Freiheit«, Henning Hoffgaard, verpflichtet, der vor einigen Jahren in erster Linie als Fotograf bei linken Demonstrationen in Berlin in Erscheinung trat. Fraktionsgeschäftsführer ist Christian Hirsch, der laut NDR zuvor in Brandenburg für die Partei gearbeitet haben soll. Einer der insgesamt acht Fachreferenten ist nach eigenen Angaben Stephan Schmidt. In sozialen Netzwerken ist es ihm ein Anliegen, gegen ein freies Kultur-und Bildungszentrum in Rostock die Parole »BUNTstattROT« auszugeben. Über weitere MitarbeiterInnen wollte die Fraktion auf drr-Anfrage keine Auskunft geben, die Bewerbungsphase laufe noch. Insgesamt sind 13 MitarbeiterInnenstellen ausgeschrieben.



< Aufmarsch nach der Wahl in MV in Waren am 1. Oktober 2016

Back to the roots

Raus auf die Straße: Aufmärsche im martialischen und aggressiven Bild der »Autonomen Nationalisten« scheinen nach dem Ausscheiden der NPD aus dem Schweriner Landtag der neue Trend unter den Neonazis zu sein.

von Michael Natz

Mit den Worten »Wir (werden) bis zum September einen unerschrockenen, kreativen und härtesten Wahlkampf führen (...), den Mecklenburg-Vorpommern aber auch ganz Deutschland bei einer Landtagswahl gesehen hat«, kündigte Udo Pastörs am 1. Mai in Schwerin sein Vorhaben an, mit der NPD mit mehr als 6 Prozent in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wieder einzuziehen. Vier Monate später musste er zusehen, wie die NPD-MV in die parlamentarische Bedeutungslosigkeit gewählt wurde.

Nationalen Siedlungsgedanken vorantreiben

Die NPD war mit zahlreichen WahlhelferInnen gut aufgestellt. Udo Pastörs war sozusagen das Sinnbild der Wahl. Mit zahlreichen, wenn auch meist kurzen, Kundgebungen zog er mit Untersützung der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) um Sebastian Richter durchs Land. Dabei schreckten sie auch nicht vor rechtlich grenzwertigen Aktionen zurück, wie dem Verteilen von Knüppeln unter dem Motto »Den Bürgerschutz selber organisieren?«. Dennoch gelang es ihnen nicht, einen effektiven Beitrag zum Wiedereinzug in den Landtag zu leisten. Nicht einmal zwei Wochen nach den Wahlen am 4. September verkündete Sebastian Richter auf Facebook, die »JN Bundesführung (...) werde die Thematik »Siedeln« aufgreifen« und für die JN sei »die Graswurzelarbeit wichtiger als Parlamentssitze«.
Angesichts ihres Engagements im Wahlkampf wirkt die Aussage von Richter über die Unwichtigkeit der Parlamentssitze wenig glaubwürdig. Ob der Siedlungsgedanke der JN mehr Gewicht bekommt, wie die Titelseite des JN-Blatts »Der Aktivist« verspricht, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

»Freie Aktivisten« auf dem Vormarsch

Zum ersten Aufmarsch der Neonazis nach der verlorenen Landtagswahl kamen am 25. Oktober 2016 in Stralsund lediglich 130 TeilnehmerInnen. Aufgerufen zu der Demonstration unter dem Motto »Freiheit erkämpfen« hatte die Gruppe »Nationale Sozialisten Stralsund«. Obwohl versucht wurde, den Anschein der Parteiunabhängigkeit zu wahren, war schnell ersichtlich, dass Teile der Strukturen von NPD-Personal gestellt wurden. Anfänglich sah alles so aus, als würde es eine NPD-dominierte »Besorgte-Bürger«-Demo werden, wie sie in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 18 Monaten zur Normalität geworden ist. Norman Runge von der NPD unterwies die Ordner, verhandelte routiniert mit der Polizei und heizte die Stimmung mit kurzen Reden an. Die Landesvorsitzende der NPD-Frauenorganisation »Ring Nationaler Frauen«, Antje Mentzel, redete wie gewohnt während der Zwischenkundgebung.
Als der Lautsprecherwagen aufgrund eines defekten Kühlers nicht mehr nutzbar war, zogen die TeilnehmerInnen ohne diesen weiter. Schnell änderte sich die Außenwirkung der Demonstration. Wo vorher noch durch die NPD die »Nationale Volkswirtschaft« beworben wurde, bestimmten nun parteiunabhängige AktivistInnen mit Pöbeleien das Geschehen.
Eine Woche später, in Waren/Müritz, fand die nächste Veranstaltung statt, bei der sich das Bild wiederholte. Die »Freien« dominierten, die NPD-Funktionäre hielten sich zurück.
Das Motto »Heimat und Tradition« interessierte die 60 TeilnehmerInnen nur am Rande. Die Parolen, welche die Aufmarsch-TeilnehmerInnen durch die Straßen grölten, bezogen sich größtenteils auf die anwesenden GegendemonstrantInnen, die PressevertreterInnen oder Polizeikräfte. Immer wieder kam es zu Provokationen und Bedrohungen. Nach einem Gespräch mit Polizeikräften beendete die sichtlich überforderte Anmelderin den Aufmarsch frühzeitig. Im Anschluss versuchten vier mit Baseballschlägern und Knüppeln bewaffnete Neonazis eine Gruppe von rund 40 antifaschistischen Jugendlichen, die von der Polizei zum Bahnhof begleitet wurden, zu attackieren.
Die ersten Versuche der »Freien Kräfte«, ihre Meinung auf die Straße zu bringen, waren von wenigen Inhalten und vielen Aggressionen geprägt. Besonders taten sich dabei die neu gegründeten »Nationalen Sozialisten Schwerin« (NSS) hervor. Bislang beschränkt sich die politische Arbeit der »Kameradschaft« auf das Tragen gleicher Pullover, das Pöbeln und Provozieren bei Aufmärschen sowie das Teilen von Beiträgen anderer neonazistischer Gruppen auf ihrer Facebook-Seite. Ein Großteil der NSS war bis zur Selbstauflösung im Umfeld der rechten Splittergruppe »Dachverband Deutschland wehrt sich« aktiv. Einer der Hauptinitiatoren von »Deutschland wehrt sich« saß bis zum 12. Oktober drei Monate in Untersuchungshaft. Dem Schweriner David Bühring wird von der Schweriner Staatsanwaltschaft eine Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung einer Straftat und Volksverhetzung vorgeworfen. Seine beiden Mitstreiter Torsten S. und Uwe W. hat es trotz des Wahlmisserfolges zur NPD hingezogen.

Neue, alte Wege beschreiten

Die rassistische Mobilisierung der NPD-dominierten »MVGIDA« und der Gruppe »Deutschland wehrt sich« in den letzten 20 Monaten hat spätestens nach der Wahl viele lose Personenzusammenschlüsse zusammengeführt. Einige der Untergruppen des »Dachverband Deutschland wehrt sich« agieren nun unter anderem Namen. Viele Mitglieder der »Kameradschafts«-ähnlichen Gruppen haben in Aufmärschen einen Ausdruck für ihre rassistisch geprägten Aggressionen wiederentdeckt, die sie meist an Presse, politischen Feinden und Polizei auslassen. In einem Ort nennen sie sich »Nationale Sozialisten«, in anderen Orten »Patrioten« oder »Freie Kräfte«. Was sie eint, ist eine gewalttätige, rassistische Protestkultur.

AfD erntet

Es war nicht anders zu erwarten: Am 18. September ist die AfD auch in Berlin mit 14,2 Prozent in das Abgeordnetenhaus (AGH) sowie in alle Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) eingezogen. Dabei profitierte sie insbesondere rund um Containerunterkünfte für Geflüchtete in der östlichen Peripherie der Stadt von den asylfeindlichen Mobilisierungen von NPD und »Nein-zum-Heim«-Initiativen.

von Frank Metzger und Vera Henßler (apabiz)

Unter ferner liefen: NPD und »Pro Deutschland«

Für die NPD endete der Wahlabend in einem Debakel und verdeutlichte damit einmal mehr den desolaten Zustand der Partei. Das Ergebnis von gerade einmal 0,6 Prozent (9.453 Stimmen) ist im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2011 ein Minus von 1,6 Punkten. Auch bei den Wahlen zu den BVVen sah es nicht besser aus. Kein einziger Sitz entfiel auf die Partei, die bisher mit jeweils zwei Mandaten in drei Bezirken vertreten war. Teilweise lag man hier sogar noch hinter »Pro Deutschland«, die landesweit nur 0,4 Prozent erreichten. In Reaktion auf das desaströse Abschneiden wählte die Berliner NPD am 8. Oktober einen neuen Vorstand. Zum neuen Vorsitzenden wurde Uwe Meenen gewählt, der bereits ab Februar 2010 für zwei Jahre den Landesvorsitz inne gehabt hatte.
»Pro Deutschland« zog am Tag nach der Wahl umgehend Konsequenzen aus dem miserablen Wahlergebnis. Der Bundesvorsitzende Manfred Rouhs zeigte sich in einer Stellungnahme enttäuscht und kündigte an, »Pro Deutschland« werde »im kommenden Jahr weder bei den drei anstehenden Landtagswahlen (...) noch bei der Bundestagswahl« antreten.

»Perception is reality« - Das Spiel mit der Angst

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) hingegen zog mit 25 Mandaten in das Abgeordnetenhaus ein, darunter mit fünf Direktmandaten. Darüber hinaus kann die Partei zukünftig in sieben Bezirken je einen Stadtrat stellen und verfügt damit bundesweit erstmalig über politische Entscheidungsgewalt. Die AfD hatte die heiße Wahlkampfphase fast ausnahmslos mit restriktiven Forderungen und Positionen zu den Themen »Flüchtlinge« und »Innere Sicherheit« bestritten, was sich auch schon bei anderen Wahlen ausgezahlt hatte. So forderte sie in ihrem Wahlprogramm einen kompletten Aufnahmestopp für Geflüchtete. Der Berliner Spitzenkandidat Georg Pazderski ging in den Talkrunden und bei AfD-Veranstaltungen mit dem Slogan »perception is reality« (»Wahrnehmung ist Wirklichkeit«) hausieren und wiederholte stetig die durch nichts belegte Aussage, dass sich »der Bürger« nicht mehr sicher fühle.
Die »Berliner Morgenpost« veröffentlichte bereits einen Tag nach der Wahl eine umfassende interaktive Grafik, in der unter anderem auch die Ergebnisse der Wahllokale rund um Flüchtlingsheime analysiert wurden. Die Zeitung kam dabei zu dem Schluss, dass die Ergebnisse in den »am stärksten betroffenen Kiezen (...) sehr uneinheitlich« ausfielen. Ein anderes Bild ergibt sich jedoch mit Blick auf die Wahlergebnisse rund um die Containerunterkünfte, die in den vergangenen zwei Jahren, abgesehen von einer Ausnahme in den Ostberliner Außenbezirken, eröffnet wurden. In den meisten Ortsteilen, in denen in den vergangenen Jahren rund um den Bau solcher Unterkünfte Proteste stattgefunden haben, wurde die AfD stärkste Partei (Zweitstimmen). Hier wurden die lokalen Direktkandidaten der AfD in das Abgeordnetenhaus gewählt. Vielfach sind dies die gleichen Kieze, in denen 2011 bereits die NPD ihre Hochburgen hatte und deutlich höhere Ergebnisse als im Bezirksdurchschnitt erzielen konnte. Die AfD hat damit vor allem in den Stadtteilen am Ostberliner Stadtrand von der rassistischen Stimmung profitiert, die dort seit Jahren von der NPD und lokalen »Nein-zum-Heim-Initiativen« angeheizt wurde. Eine Mehrzahl dieser Kieze zeichnet sich durch eine »ungünstige« Sozialprognose aus, wie dem Berliner Sozialstrukturatlas zu entnehmen ist. Soziale Benachteiligung und schlechte Zukunftsperspektiven sind in vielen Hochburgen der AfD ein wesentlicher Faktor – ob Plattenbausiedlung oder eher dörflich geprägt spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Allerdings erreichte die Partei auch in Reinickendorf und Spandau Ergebnisse über dem berlinweiten Durchschnitt. Dort gelang es ihr jedoch nur in einzelnen Wahllokalen, stärkste Partei zu werden.

Hochburgen in der Ostberliner Peripherie

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, der in den vergangenen Jahren ein Schwerpunkt rassistischer Mobilisierungen gewesen ist, holte die AfD mit 23,6 Prozent das beste Zweitstimmenergebnis aller Parteien. Im Juli 2013 hatten bis zu 1.000 Personen an einer vom Bezirk ausgerichteten BürgerInnenversammlung teilgenommen, bei der über den geplanten Einzug von Geflüchteten in eine ehemalige Schule in Hellersdorf informiert werden sollte. Die Veranstaltung war durch aggressive Stimmung und rassistische Ressentiments von Großteilen der Anwesenden geprägt, darunter Dutzende organisierte Neonazis. Ab dem Herbst 2014 konzentrierten sich die Proteste vor allem auf die geplante Containerunterkunft in Marzahn und erreichten zeitweise bis zu 1.000 Teilnehmende. In den Wahllokalen rund um die im Juli 2015 eröffnete Unterkunft erreichte die AfD Zweitstimmenergebnisse bis zu 33,5 Prozent. Im entsprechenden Wahlkreis zog der Direktkandidat der AfD ins Abgeordnetenhaus ein. Den statistischen Daten zum Wahlkreis ist zu entnehmen, dass knapp 75 Prozent der Menschen dort in »einfacher Wohnlage« leben, die Region hat berlinweit mit den höchsten Anteil an Arbeitslosigkeit. Bereits 2011 erreichten dort die Direktkandidaten von »Pro Deutschland«, »Die Freiheit« und der NPD zusammengenommen über 15 Prozent der Erststimmen. Auch in der Gegend rund um die Geflüchtetenunterkunft in der ehemaligen Schule erreichte die AfD von allen Parteien das beste Ergebnis.
Mit dem nördlichen Lichtenberg verhält es sich ähnlich: Auch hier war die Region bei den Wahlen 2011 eine Hochburg extrem rechter Parteien, auch hier hatte es ab Dezember 2014 Proteste gegen den Bau einer Containerunterkunft für Geflüchtete gegeben. Dem AfD-Direktkandidaten Kay Nerstheimer gelang der Einzug in das Abgeordnetenhaus. Die Personalie Nerstheimer wurde nach den Wahlen bundesweit medial aufgegriffen, weil er auf seiner Facebook-Seite unter anderem gegen Geflüchtete und Homosexuelle gehetzt hatte. Auf die umfassende Berichterstattung reagierte die AfD kurz nach der Wahl: Nerstheimer wurde aus der Fraktion ausgeschlossen und einmal mehr ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn angekündigt. In Berlin war die Personalie bereits im Vorfeld der Wahlen in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Die Lokalpresse inklusive Fernsehbeiträge in der RBB-Abendschau hatten mehrfach darüber berichtet, Nerstheimer habe sich 2012 im Internet als Leader der »German Defence League« zu erkennen gegeben und angekündigt, eine Miliz aufzubauen.

Motive und Stimmungslagen

Dass die AfD trotz offenkundiger Einbindung von Teilen ihrer Funktionäre in ein extrem rechtes Netzwerk 14,2 Prozent erreichte und ausgerechnet Nerstheimer in seinem Wahlkreis das beste Ergebnis holte, lässt verschiedene Interpretationsversuche zu, die zusammengenommen



^ kleiner Protest gegen die AfD vor der Wahl

sicherlich ein annähernd realistisches Bild über die WählerInnenklientel der Partei zeichnen.

1) Ganz offensichtlich haben die Hintergrundinformationen trotz ihrer Brisanz viele WählerInnen nicht davon abbringen können, ihre Stimme einem AfD-Direktkandidaten zu geben, der für die Aufbaupläne einer Miliz in der Öffentlichkeit bekannt war. Eine Erklärung dafür wäre, dass den AfD-WählerInnen die Kontakte einiger Funktionäre der Partei in die extrem rechte Szene egal sind, oder diese zumindest nicht als ausreichend relevant erachtet werden. Dafür sprechen gleich mehrere Umfrageergebnisse, die von infratest dimap veröffentlicht wurden. So seien nur 26 Prozent der Berliner AfD-WählerInnen von der Partei überzeugt, für 69 Prozent war vor allem die »Enttäuschung über andere Parteien« ausschlaggebend. Hinzu kommt, dass 51 Prozent der Berliner AfD-WählerInnen sogar der Meinung sind, die AfD distanziere sich nicht genug von extrem rechten Positionen. Dieser Teil der AfD-AnhängerInnenschaft kann sicherlich noch am ehesten dem ProtestwählerInnenmilieu zugerechnet werden.

2) Dreht man das letztgenannte Ergebnis um, so ließe das den Schluss zu, dass zumindest ein Teil die AfD nicht nur trotz, sondern gerade wegen ihrer Nähe zur extremen Rechten gewählt hat und somit die Entscheidung für Nerstheimer eine bewusste gewesen ist. Diese Annahme wird dadurch untermauert, dass die Flüchtlingspolitik auch für eine Mehrzahl der Berliner AfD-WählerInnen offenkundig eine entscheidende Relevanz hatte. Deutlich wird dies durch weitere Ergebnisse von infratest dimap, wonach über 90 Prozent der AfD-WählerInnen deren Politik hinsichtlich »Ausländern und Flüchtlingen« begrüßen, ebenso wie ihr erklärtes Ziel, »die Ausbreitung des Islam in Deutschland (zu) verhindern«.

3) Auch eine dritte Möglichkeit ist relevant: Ein Teil der AfD-WählerInnen könnte von der Problematisierung Nerstheimers in den Medien nichts mitbekommen haben. Durch die starke Fragmentierung der Medienlandschaft und die in den letzten Jahren stark zugenommene Relevanz von sozialen Netzwerken für die politische Meinungsbildung werden die etablierten Medien von einem bestimmten Milieu kaum noch zur Kenntnis genommen.

Keine Regel ohne Ausnahmen

Während auch für Berlin gilt, dass die AfD ehemalige WählerInnen aller anderer Parteien für sich gewinnen konnte, ist gleichzeitig signifikant, dass die Ergebnisse dort besonders hoch sind, wo 2011 bereits die NPD oder auch »Pro Deutschland« gute Ergebnisse erzielten und somit eine grundlegende Skepsis bis hin zu offener Ablehnung von MigrantInnen seit vielen Jahren die Stimmung prägt. Allerdings fällt auch auf, dass die rassistischen Mobilisierungen im Vergleich zu 2014 und 2015 in diesem Jahr an Dynamik eingebüßt haben und insbesondere die öffentlichkeitswirksamen lokalen Mobilisierungen gegen einzelne Unterkünfte zurückgegangen sind. Abgesehen von gelegentlichen Kundgebungstouren der NPD ereignen sich die meisten asylfeindlichen Veranstaltungen mittlerweile im Zentrum der Stadt und richten sich unter dem bundesweit in diesen Kreisen populären Slogan »Merkel muss weg« zunächst gegen die Politik der etablierten Parteien. Ob der Erfolg der AfD auch dazu beiträgt, die rassistische Dynamik auf der Straße in die Parlamente zu spülen und ihr damit die Mobilisierungsfähigkeit zu nehmen, ist sicherlich eine These, die zu überprüfen wäre.

Ein Blick auf die Ergebnisse im Umkreis der 18 sogenannten »Tempohomes« (Containerunterkünfte für Geflüchtete), die bis Ende des Jahres gebaut werden sollen, verdeutlicht, dass entsprechende Baupläne mitnichten zwangsläufig zu überdurchschnittlicher Zustimmung für die AfD führen. Dies zeigen die Wahlergebnisse rund um die geplanten Standorte in Spandau, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf. Erneut sind es die Wahllokale rund um die Standorte im Ostteil der Stadt, in denen die AfD im bezirksweiten Vergleich meist überdurchschnittlich gut abschnitt. Aber auch hier gibt es Ausnahmen: Im besser situierten Biesdorf, einem Ortsteil von Marzahn-Hellersdorf, erreichte die AfD im Bezirksvergleich ein eher unterdurchschnittliches Ergebnis – hier wurde die CDU stärkste Partei.

(Der Artikel ist eine aktualisierte Version der Wahlanalyse, die bereits einen Tag nach der Wahl auf www.blog.schattenbericht.de veröffentlicht wurde.)

»Das Bellen der Waffen ...«

Offen tritt die extreme Rechte gegen Einschränkungen beim privaten Waffenbesitz ein. AfD und NPD empfehlen die Selbstbewaffnung. Ein »Reichsbürger« erschoss unterdessen einen Polizisten.

von Ernst Kovahl

Der Mord an einem Polizisten im Bayerischen Georgensgmünd durch einen »Reichsbürger« am 19. Oktober 2016 machte wieder einmal mehr die gefährliche Bewaffnung der extremen Rechten deutlich. Wolfgang P., ein 49-jähriger Jäger, besaß legal 31 Lang- und Kurzwaffen. Aber nachdem der Mann bei Kontrollterminen Behördenvertreter vom Grundstück verwiesen hatte, sprach ihm das zuständige Landratsamt die Zuverlässigkeit zum Waffenbesitz ab und wollte nun die Jagd- und Sportwaffen mit Unterstützung der Polizei einziehen. Der 49-jährige Jäger schoss sofort auf die Beamten, vier wurden verletzt, einer von ihnen starb.

Öffentlichkeitswirksam überboten sich PolitikerInnen und Behörden danach in ihren Forderungen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte: »Unser Ziel ist, allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehnt, der bietet keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen.« Und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger (SPD), erklärte: »Waffen gehören nicht in die Hände dieser Leute.« Thüringens Verfassungsschutz-Chef Stephan Kramer nutzte die Gunst der Stunde, um eine Ausweitung seiner Befugnisse ins Gespräch zu bringen. Dem Geheimdienst sei es »nicht verborgen geblieben«, dass Teile der extremen Rechten versuchten, über Schützenvereine und Jagdscheine »legal an Waffen zu kommen«. Künftig sollten, so Kramers Vorschlag, Erkenntnisse der Dienste bei der Beantragung von Waffenscheinen einfließen.

Allein im ersten Halbjahr 2016 stieg die Zahl der »Kleinen Waffenscheine« für Schreckschusswaffen und Reizgas um fast 50 Prozent auf etwa 402.000. Das »Forum Waffenrecht« schätzt, es gebe etwa 1,5 Millionen legale WaffenbesitzerInnen in Deutschland. Und die extreme Rechte tritt in der seit den Terror-Anschlägen von 2015 in Paris laufenden Debatte um die Einschränkung des Waffenrechts lautstark als Waffen-Lobby und für die Freiheit des Erwerbs, des Tragens und der Anwendung von Waffen auf. Bei einem Teil der Waffen-Freunde gelingt es ihr auf diese Weise Anschluss zu finden.

Bundesregierung ahnungslos

Die plötzliche Aufregung erstaunt. Regelmäßig werden bei Razzien in der Neonazi-Szene illegale Schusswaffen gefunden und rechte Gewalttaten mit solchen Waffen begangen. Zudem ist schon immer klar, dass die extreme Rechte auch Zugang zu legalen Schusswaffen hat. Recherchen von ARD und SWR brachten zuletzt im März 2016 zu Tage, dass das »Bundesamt für Verfassungsschutz« im Jahr 2014 etwa 400 bekannte »Rechtsextreme« registriert hatte, die legal Waffen besitzen. Wieviele Waffen es jeweils seien, wurde nicht bekannt. Die reale Zahl der legalen WaffenbesitzerInnen in der Szene dürfte noch deutlich darüber liegen. Denn allein die »Reichsbürger« zum Beispiel zählten bisher nur in Einzelfällen zu den von den Geheimdiensten beobachteten »Rechtsextremen«. Die Bundesregierung gibt sich ahnungslos. Als Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag antwortete sie am 10. März 2016, sie habe keinen »tagesaktuellen Gesamtüberblick über waffenrechtliche Erlaubnisse oder Waffenbesitz bei Rechtsextremisten« und eine »lückenlose Bestandsaufnahme« sei nicht möglich. Jedoch stellte das Bundeskriminalamt fest, im Jahr 2014 seien bei 536 politisch rechts motivierten Straftaten legale oder illegale Waffen zum Einsatz gekommen.

Selbstbewaffnung

»Mit Pfefferspray und Gaspistole: Frauenselbstschutz gegen Merkels Sexmob-Asylanten«: Fett sprang dieser Titel der Wahlkampfzeitung der NPD den LeserInnen ins Auge. Die Neonazi-Partei hat im Sommer 2016 in Mecklenburg-Vorpommern offensiv im Landtagswahlkampf für Selbstbewaffnung geworben. Im Wahlwerbespot wirbt die Partei mit der Angst. Eine blonde Frau geht allein im Dunkeln durch eine Gasse, im Hintergrund verfolgen sie zwei dunkle Gestalten, auf den Pullovern die Aufschrift »Rapefugee«. Die Frau fragt ins Off: »Wer kümmert sich eigentlich um die Sicherheit von uns Frauen? (...) Wer handelt endlich, damit es nicht erst zu Notwehr kommen muss? Wer schützt uns vor den angeblichen Kulturbereicherern?« Dann greift sie in ihre Tasche und zieht eine Waffe, ein Schuss fällt. Am Ende des Videos tritt Udo Pastörs auf, der damalige NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, und sagt in väterlichem Ton: »Bei uns können Sie Selbstverteidigungskurse belegen«.

Die Neonazi-Partei empfiehlt auf dem Titel ihrer zehntausendfach verteilten Wahlzeitung den Einsatz von Gas- und Schreckschusspistolen. Sie seien »sehr zu empfehlen«. Und weiter heißt es: »Je mehr Bürger sich auf diese Weise bewaffnen und dies dem Staat durch den Erwerb des Kleinen Waffenscheins auch zur Kenntnis geben, desto eher wird Politikern (...) vielleicht klar, dass es mit dem Personalabbau bei der Polizei nicht so weiter gehen kann. Und dass unser Volk kein wehrloses Opfer ausländischer Verbrecher sein will.«

In den einschlägigen Versand-Shops der Szene gibt es unterdessen fast alles zu kaufen, was das braune Gewalttäter-Herz begehrt. Nur zwei Beispiele: Dutzende Modelle von CS-Gas und Pfefferspray sowie Schlagstöcke bietet das »Deutsche Warenhaus« von Thorsten Heise in Fretterode an, und in Tommy Frencks Online-Shop »Druck18« bekommt man Armbrüste mit Jagdspitzen, Gummiknüppel, Wurfäxte, Deko-Handgranaten, Elektroschocker, Militärkleidung, Stacheldraht, Messer, Macheten, Helme und K.O.-Spray.

Waffen-Lobby NPD und AfD

»Keine Verschärfung des Waffenrechts!«, dafür setzte sich Udo Voigt in einer Anhörung im »Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres« des Europa-Parlaments im Februar 2016 ein. Der deutsche NPD-Abgeordnete tritt vehement gegen eine Direktive der EU-Kommission auf, die den privaten Erwerb und Besitz von scharfen Schusswaffen inklusive von Leucht- und Schreckschusspistolen einschränken soll. Nach den Terroranschlägen in Paris schlug die EU-Kommission im November 2015 eine Gesetzesänderung vor, um den privaten Kauf und Verkauf von Waffen schärfer zu regulieren. In Deutschland treffen die Vorschläge auf den Widerstand von Schützen- und Jagdverbänden sowie von Waffen- und Munitionsherstellern und ihren Lobby-Organisationen. Waffen seien »nicht schlecht oder böse (...), sondern die Menschen welche sie



bedienen«, wird Voigt in der April-Ausgabe der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« zitiert. Mit einer weiteren Einschränkung des legalen Waffenbesitzes seien keine Straftaten zu verhindern. Die Verschärfung, so erklärt der frühere NPD-Bundesvorsitzende, würde »nur Jäger, Sportschützen und Sammler« treffen.

Ganz ähnlich argumentiert die »Alternative für Deutschland« (AfD). Die Partei beschloss auf ihrem Bundesparteitag im November 2015 aus Protest gegen die geplanten EU-Regelungen die Resolution »Keine Verschärfung des Waffenrechts unter dem Terrorvorwand«. Darin wirft die Partei der EU vor, »den schrecklichen Terroranschlag in Paris für eine weitere Verschärfung des Waffenrechts politisch auszuschlachten«. Dagegen müsse ein »liberaler Rechtsstaat (…) seinen Bürgern vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen können, dass diese Waffen besitzen, sondern muss die Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren«. In der Regulierung des privaten Waffenbesitzes und -handels sieht die AfD eine »Einschränkung von Bürgerrechten« und einen »weiteren Schritt in die Kriminalisierung unbescholtener Bürger und in den umfassenden Überwachungs- und Bevormundungsstaat«. In der »BILD« forderte die AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry am 20. August 2016: »Jeder Gesetzestreue sollte in der Lage sein, sich selbst, seine Familie und seine Freunde zu beschützen.« Eine Verschärfung des Waffenrechts lehne sie ab, da es die »anständigen Bürger treffen« würde, »und nicht diejenigen, die sich Waffen im Darknet beschaffen«. Auch in den Bundesländern agiert die AfD als Waffenlobby. Beim »Landesjägertag« des »Landesjagdverbands Thüringen« sagte die Thüringer AfD-Landtagsabgeordnete Corinna Herold am 16. April 2016, sie halte die EU-Richtlinie für falsch. Und die AfD Brandenburg erkundigte sich im Januar 2016 mit der Anfrage »Waffenbesitz in Brandenburg« bei der Landesregierung nach dem Zusammenhang von Straftaten und Waffenbesitz. Der AfD-Abgeordnete Andreas Galau kommentierte, »dass Legalwaffenbesitzer vollkommen zu Unrecht im Fokus der Sicherheitsdebatte« stünden. Die Neuregelung der EU sei »überflüssig«, da die »Legalwaffenbesitzer« nur »rechtschaffene und ganz normale Bürger« seien. Die »Stigmatisierung dieses Bevölkerungsteils« müsse ein Ende haben.

Vom Spazierstock bis zum Revolver

Die rechts-libertäre Zeitschrift »eigentümlich frei« widmet dem Waffen-Thema in ihrer Ausgabe vom März 2016 einen Schwerpunkt. Auf dem Cover des Blattes war das Foto eines Trommelrevolvers zu sehen, der gerade geladen wird. Darunter: »Gewähr mit Gewehr – Warum privater Waffenbesitz mehr Sicherheit garantiert.« Im Editorial schrieb Chefredakteur und Herausgeber André F. Lichtschlag: »Ein guter Amerikaner würde schon die Frage nicht verstehen: Warum sollten Menschen Waffen tragen dürfen? Na, damit sie sich gegen Verbrecher schützen können natürlich.« Es gehe »um Verteidigung und Abschreckung«, meint der Verleger der »Lichtschlag Medien und Werbung KG« aus Nordrhein-Westfalen. Sicherheit sei eine »ökonomische Überlegung«. Durch die eigene Bewaffnung würden »die voraussichtlichen Kosten für den Verbrecher« erhöht. Dabei beruft er sich auf Überlegungen des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers John R. Lott, der 1989 »das amerikanische Standardwerk der Waffenfreigabe« unter dem Titel »More Guns less Crimes« veröffentlicht hat. Die »Wiederbewaffnung möglichst weiter Teile der Bevölkerung« würde für mehr Sicherheit sorgen, meint der Kommentator des rechten US-Senders »Fox News«. Sein Buch erscheint demnächst erstmals in Deutsch – natürlich bei »Lichtschlag«.

»Junge Freiheit«: Wie im NS?

Auch in der »Jungen Freiheit« war die Verschärfung des Waffenrechts wiederholt Thema. So stellte beispielsweise im September 2013 der Vielschreiber Claus Wolfschlag die Einschränkung des Waffenbesitzes in eine Linie mit staatlichen Einschränkungen, unter anderem dem Einzug von Waffen von Oppositionellen und jüdischer Bevölkerung während des NS und den Versuchen der Alliierten, nach 1945 in Deutschland eine allgemeine Entwaffnung im Privaten zu erreichen. Und im November 2015 kritisierte der Chefredakteur des Jagdmagazins »Wild und Hund«, Heiko Hornung, in der JF die Gesetzesverschärfung der EU: »Wut, Verzweiflung, Angst und Ohnmacht angesichts des IS-Terrors in Paris dürfen nicht dazu führen, unsere Freiheit dem politischem Aktionismus zu opfern.«

»Letztes Biotop für Männer«

Das neonazistische Monatsmagazin »Zuerst!« beklagte im April 2016, die Politik habe völlig zu Unrecht die »deutschen Schützen im Visier«, sie seien zum »Feindbild« geworden. Dabei seien doch die Schützenvereine »die letzten Biotope für Männer, die als solche wahrgenommen werden wollen«, schreibt Autor Andreas Grünberg voller Lob: »Genderfreie Zonen, in denen politisch Unkorrektes dazugehört wie verbissene Wettkämpfe auf dem Stand, wo auf Schützentischen entladene Waffen liegen und dahinter stehende Schützen auf das Kommando des zuständigen Schießleiters (…) lauern, um (…) flugs bereitliegende Magazine und ausgeklappte Trommeln mit (…) fünf Schuss zu füllen.« Im »rauchgeschwängerten« und »bierdunstigen« Schützenkeller säßen Richter, Müllfahrer, Zahnärzte, Arbeitslose und Bürgermeister zusammen – ein »Männeranteil von 100 Prozent«. »Standesunterschiede« gebe es hier nicht – die Idylle der deutschen Volksgemeinschaft – Bier, Waffen, Zigarren und deutsche Männer ohne Klassenunterschiede. »Das Bellen der Waffen unterbricht die lautstarke Runde nicht.« Die vermeintlichen GegnerInnen dieser rechten Idylle werden deutlich markiert: Die »regelungswütige EU-Kommission«, SozialdemokratInnen sowie »Grüne und linke Gutmenschen, die nicht müde werden, auf Bundes- und Landesebene den Niedergang der Schützengilden zu propagieren (…) und überhaupt in Sportschützen ihr Feindbild manifestieren«. Ein paar Ausgaben später, im November 2016, inseriert ein Versandhandel aus Weil am Rhein in dem Magazin ein »Korsisches Hirtenmesser« mit einer Dokumentation über die »Vendetta«, die »einst praktizierte Blutrache«. Eine »rasiermesserscharfe Waffe und männliches Statussymbol«, so wirbt der Händler für den Kauf dieses Messers.



»Es ist eine Kriegserklärung« steht auf dem T-Shirt des »Identitären« bei einem Aufmarsch im Juni 2015 in Wien

Identität: Rechts

Im August 2016 besetzten AktivistInnen der »Identitären Bewegung« in Berlin das Brandenburger Tor. Nahezu zeitgleich gab das Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt, dass die Gruppe unter Beobachtung steht. Seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von etablierten und rechten Medien über die »Bewegung« berichtet wird.

von Margarete Schlüter

»Darf man Rechtsextreme einladen?« Die Frage hatte der österreichische Privatsender »ServusTV« mit »Ja« beantwortet. Am 21. Oktober lud er Martin Sellner zum »Talk im Hangar 7« zu eben jenem Thema ein. Sellner ist Leiter der »Identitären Bewegung Österreichs« (IBÖ). Eigentlich sollten in der Runde ein Wissenschaftler, ein Imam, ein ehemaliger Bundesrat der Grünen und ein Jugendforscher sowie der IBÖ-Vertreter über die Radikalisierung junger Muslime diskutieren. Doch drei Gäste sagten wegen Sellner ab. Der Wissenschaftler Kenar Güngör kritisierte, mit der Einladung werde »einem rechtsextremen Ideologen mit einer Neonazi-Vergangenheit die mediale Bühne gegeben«. Er wolle verhindern, »dass unsere Studie als Steilvorlage für rechtspopulistische Propaganda missbraucht wird«. Doch dem Sender war die Teilnahme Sellners so wichtig, dass das Thema geändert und zwei neue Gäste eingeladen wurden. Für den österreichischen Extrem-Sportler Felix Baumgartner war die Talkrunde ein »HISTORISCHER TAG in der deutschsprachigen TV Geschichte!« ServusTV habe »sich als ERSTES Medium europaweit (getraut) einen `Identitären´ ins Hauptabendprogramm einzuladen«. Bereits in der Vergangenheit fiel der von »Red Bull« gesponsorte Sportler durch Aussagen gegen Geflüchtete auf. Der Konzern ist Eigentümer des Senders »ServusTV«.

Präsent auf allen Bühnen

Die »Identitäre Bewegung« (IB) wurde bereits im Herbst 2012 in Deutschland und Österreich gegründet. Ihren Vorläufer hat die IB in Frankreich, ihre geistigen Vordenker findet sie in der sogenannten »Konservativen Revolution« der Weimarer Zeit, der »Nouvelle Droite« und der jüngeren »Neuen Rechten«. Ihre AktivistInnen sind jung, vornehmlich männlich, viele von ihnen studieren und sind Burschenschafter. Um auf die neuen Bewegungen in der extremen Rechten – wie zum Beispiel PEGIDA – und die aktuellen Debatten um Geflüchtete aufzuspringen, rief die IBÖ im Mai 2015 die Kampagne »Der große Austausch« ins Leben. Der Begriff geht auf den französischen Rechten Renaud Camus und dessen Werk »Le grand remplacement« (in etwa: der große Bevölkerungsaustausch) zurück. Die »Identitären« glauben, es finde zur Zeit ein regelrechter Bevölkerungsaustausch statt: »Österreich als Sprach- und Kulturgemeinschaft, die Österreicher als Volk verschwinden aber heute und werden ausgetauscht.« Es gehe daher »heute um alles oder nichts, also um unsere nackte Existenz und Identität«. Der Kampf gegen den »Großen Austausch«, das sei »die zentrale Frage der heutigen Zeit«. Sie fordern eine »freie, offene und neutrale Debatte über den »Großen Austausch« und ein Ende »der Hetze gegen Patrioten«, »ein Ende der verlogenen Propaganda von ‹Integration›, ‹Bereicherung› und ‹Multikulti›«, einen »sofortigen Zuwanderungsstopp (sowie) die Abschaffung des maroden Asylsystems«.

Auch die »Identitären« in Deutschland haben den Begriff und die Definition übernommen. Mit dem »Großen Austausch« gehe »eine Brutalisierung der Gesellschaft einher, welcher wir nicht schutzlos ausgeliefert sein wollen«. Man gibt sich als Opfer aus, um »die Anderen« als Täter darstellen zu können: »Wir Identitäre wollen keine Schafe sein, die sich ohne Gegenwehr einfach niederwalzen lassen. Wer den Geist schult, muss auch seinen Körper härten. Wir kämpfen nicht, weil wir den Kampf lieben, sondern weil er uns aufgezwungen wird. Weil wir uns verteidigen müssen, wenn wir in Frieden leben wollen.« Daher wird von der IB auch Kampfsporttraining angeboten.

Im Internet und auf der Straße

Seit ihrer Gründung nutzt die IB das Internet intensiv, um ihre rechten Überzeugungen zu verbreiten und Aktionen mit Fotos oder Videos zu dokumentieren. Neben Internetseiten, wie »Identitäre Generation«, existieren Dutzende regionale Facebook-Seiten. Real verfügen die »Identitären« über wenig Aktive. Bei einer Auswertung veröffentlichter Bilder und Videos fällt auf, dass zu den Aktionen oft AktivistInnn aus anderen Städten anreisen. Um künftig »die gesamte strategische Planung von den technischen Voraussetzungen über die Finanzplanung bis zum Aktivismus auf der Straße« der IB besser zu gestalten, traf sich die deutsche »Bewegung« im März 2016. Zur Finanzierung der Aktivitäten ruft sie dazu auf, Fördermitglied in dem Verein »Identitäre Bewegung Deutschland e. V.« (IBD) zu werden. Der Verein wurde 2014 gegründet und hat seinen Sitz in Paderborn. Ihm stehen seit der Gründung Nils Altmieks und seit dem bundesweiten Treffen im März Sebastian Zeilinger vor.

Identitäre Lebenswelt

Seit Oktober 2013 können AnhängerInnen der »Identitären« über den »Phalanx-Europa-Versand« Babylätzchen, T-Shirts, Aufkleber und Bücher aus dem »Verlag Antaios« bestellen. Registriert ist der Versand auf Patrick Lenart, neben Sellner Leiter der IBÖ. Betrieben wird der Versand jedoch maßgeblich von Sellner. Anfang 2014 wurde auf der neu-rechten Internetseite »Blaue Narzisse« ein Interview mit den Machern des Versandes veröffentlicht, in dem sie dessen Gründung als politische Tat betrachten. Dazu verweisen sie auf ein Zitat von Philippe Vardon, einem Gründer des französischen »Bloc Identitaire«: »Wir müssen unsere eigene Kultur schaffen, denn unsere Werte sind nicht die des Systems, und wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um diese, unsere eigene Kultur zu verbreiten. Ich appelliere dabei an alle von uns, einen Baustein zu dem Gebäude beizutragen, das wir errichten wollen. Sei es als freier Filmemacher, als freier Sänger und meinetwegen als freier Tätowierer oder als freier Modedesigner.« Und genau diesem Spektrum unterbreiten die »Identitären« mit ihren Aktionen, Lagern, Feiern und Schulungen ein Angebot.

Vernetzt

VertreterInnen treten bei Veranstaltungen der »Alternative für Deutschland« (AfD) auf, reden bei PEGIDA-Aufmärschen oder veröffentlichen Artikel in neu-rechten Magazinen oder den »Burschenschaftlichen Blättern«. Schulungen und Veranstaltungen zeigen aber auch, wie eng die IB mit der Neuen Rechten zusammenarbeitet. »Identitäre« reisten zu den Sommer- und Winterakademien des neu-rechten »Instituts für Staatspolitik« (IfS) nach Schnellroda. So war Martin Sellner als Referent zu der »16. Winterakademie« Ende Januar 2016 unter dem Motto »Widerstand« eingeladen.

Ausblick

Die »Identitären« geben sich in ihren Aktionen und ihrem Auftreten selbstbewusst, grenzen sich verbal von der »Alten Rechten« und NS-NostalgikerInnen ab. Doch wer den »Großen Austausch« zu seinem Arbeitsschwerpunkt macht, die »Reconquista« zum Vorbild hat, die «Remigration« fordert, sein ideologisches Rüstzeug bei der »Konservativen Revolution« holt und keine Berührungsängste mit Rechten jeglicher Couleur hat, bedient eine weitere Spielart des Faschismus.

Geschichte als Legitimationsideologie

Die Identitären stellen sich in eine historische Kontinuität von Kämpfen und kriegerischen Auseinandersetzungen, die bis in die Antike zurückreicht. Die historischen Bezüge haben dabei vor allem eine Funktion: Sie sind die zentrale Legitimationsstrategie für die völkisch-nationalistische Ideologie der Identitären, die sich als Avantgarde im Abwehrkampf gegen den Islam wähnen.

von Vera Henßler



Die Schlacht bei den Thermopylen und das dazu entstandene filmische Epos »300« bilden den Ursprung des Symbols der »Identitären Bewegung«: des griechischen Buchstabens Lambda. Das Lambda zierte die Schilde spartanischer Hopliten, schwerbewaffneter Kämpfer des griechischen antiken Heeres. 480 vor unserer Zeitrechnung, während des Krieges der Perser gegen die Griechen, ereignete sich die Schlacht an einem engen Gebirgspass in Mittelgriechenland. Laut den »Historien« Herodots, dem ersten schriftlichen Bericht über die Ereignisse, verhinderte das zahlenmäßig weit unterlegene Heer der Griechen, darunter auch 300 Spartaner, zunächst das Durchdringen der persischen Krieger. Als diesen über Umwege dennoch ein Eindringen in das Gebiet gelang und der Weg nach Attika damit frei war, entschied der das Kommando innehabende Leonidas dennoch die Stellung beizubehalten, um den Abzug des restlichen Heeres zu decken. Dabei hatte das im Engpass verbliebene griechische Heer herbe Verluste zu erleiden. Bereits bei Herodot spielen Opferbereitschaft, Disziplin, Gesetzesgehorsam und Ehre eine wesentliche Rolle in der Deutung der Ereignisse. Nicht zuletzt während des Nationalsozialismus wurden das Bild Spartas und die Schlacht bei den Thermopylen für propagandistische Zwecke instrumentalisiert. Bis heute ist die Rezeptionsgeschichte der Schlacht von Erzählungen über einen opferbringenden Heldenmut geprägt. Dies ist der Aspekt, der die Schlacht für die Identitären so interessant macht. Ihr Elitedenken und die Vorstellung, für einen höheren Zweck, nämlich die Verteidigung Europas, den Märtyrertod zu sterben, spielen in identitären Schriften durchaus eine Rolle. So schreibt Markus Willinger in seiner sentimental-theatralischen, und damit geradezu stilistisch prototypischen Schrift »Die identitäre Generation. Eine Kriegserklärung an die 68er«: »Wir wollen nicht sterben, und doch sind wir bereit, es zu tun. Für unsere Familie, unsere Heimat, für alles, was uns zu dem macht, was wir sind, und ohne das wir nicht mehr wir selbst sein könnten. Für unsere Identität.« Darüber hinaus ist die Schlacht bei den Thermopylen auch deshalb für die Identitären von Belang, da nicht nur die Selbstidentifizierung mit den Kriegern Spartas ermöglicht wird, sondern auch die Feindbildbestimmung passt: die von außerhalb Europas kommenden Perser.

Europäische Identität

Die Frage, was die europäische Identität ausmacht, welche die Identitären vorgeben zu verteidigen, ist nicht leicht zu beantworten. Grundsätzlich gilt, dass kollektive Identität der Konstituierung von Gemeinschaft dient, immer in Abgrenzung zu dem Anderen. Der Soziologe Bernhard Giesen macht insgesamt fünf (historische) Diskurse aus, die für die Konstituierung einer europäischen Gemeinschaft relevant seien. Dazu gehören die Aneignung antiker griechischer Kultur ebenso wie die frühneuzeitliche Missionierung durch den Kolonialismus, in dem sich ein kulturell überlegenes Europa in der europäischen Selbstwahrnehmung festigte. Nicht zuletzt aufgrund der Aneignung des christlichen Erbes spielt auch der Islam eine signifikante Rolle, so Giesen: »Der Islam als politisch-militärische Bedrohung und monotheistische Alternative war über fast ein Jahrtausend hinweg der bedeutsame Andere Europas.« Genau dies ist es, woran die Identitäre Bewegung anzuknüpfen versucht.

Die Schlacht von Tours und Poitiers

Im Oktober 2012 besetzten einige Dutzend Personen der französischen »Génération identitaire« über mehrere Stunden das Dach einer im Bau befindlichen Moschee in Poitiers. Dabei entrollten die Identitären ein Banner mit der Zahl 732. Im Jahr 732 hatte Karl Martell in Poitiers einen Sieg gegen die Mauren errungen. Im 7. Jahrhundert expandierte der Islam von der arabischen Halbinsel ausgehend in Richtung des persischen Reiches, aber auch nach Europa. Zu Beginn des 8. Jahrhunderts wurde die iberische Halbinsel erobert. Bei einem weiteren Vorstoß in das damalige Frankenreich fand im Oktober 732 die Schlacht von Tours und Poitiers statt. Der neueren Geschichtsschreibung ist zu entnehmen, dass die Schlacht für die Verhinderung der weiteren Ausdehnung des muslimischen Herrschaftsbereiches eher eine untergeordnete Rolle spielte. Dennoch wurde Karl Martell in der neuzeitlichen Rezeptionsgeschichte gern als »Retter des Abendlandes« stilisiert. Auch noch 2013 titelt ein Artikel in der »Die Welt«: »Karl ‹der Hammer› Martell – Retter des Abendlandes« und orakelt, ohne Martell hätten »die Muslime vielleicht ganz Europa eingenommen«. Die Analogisierung zur imaginierten »Islamisierung Europas« ist offensichtlich. Der Bezug auf die »Reconquista«, die spanische Rückeroberung der iberischen Halbinsel im Mittelalter, schließt daran unmittelbar an.

Die Reconquista

»Europa, Jugend, Reconquista« ist einer der zentralen Slogans der Identitären. Was es damit auf sich hat, erklärt Daniel Fiß, ehemals JN-Aktivist in Mecklenburg-Vorpommern und nun für die IB aktiv: »Der Begriff Reconquista (zu deutsch »Rückeroberung«, Anm. d. Aut.) speist sich aus einer historischen Analogie, die uns als patriotische Jugend in die Erbfolge einer Ahnenreihe stellt, die einmal mehr das Schicksal Europas bestimmen wird und muss. (…) Unsere liberalistischen Widersacher versuchen heute unsere Bezugnahme zur ‹Reconquista› als Beweis für Militarismus und Legitimierung eines ‹Völkerschlachtens› anzuführen. Dabei geht es jedoch nicht um eine militaristische Verherrlichung der Vergangenheit, sondern um eine historische Kontinuitätslinie, welche die metaphorische Verteidigungsbereitschaft unserer ethnokulturellen Identität zum Ausdruck bringen soll.« Das Zitat ist aufschlussreich, zieht Fiß doch hier eine messerscharfe Grenze zwischen einer affirmativen Bezugnahme auf zahlreiche kriegerische Auseinandersetzungen, die lediglich Metaphorik sei, und einer politischen Praxis des aktiven Kampfes.

Philosophie, selbststilisierte Elite und eine Prise Faschismus

Diese Trennlinie zwischen Ideengeschichte und politischer Praxis ist auch im Denken der Neuen Rechten relevant. Deren VertreterInnen



^ *Aufmarsch im Juni 2016 in Berlin*

diente diese scharfe Differenzierung nach 1945 dazu, ihr völkisch-nationalistisches Denken vom Verdacht der Nähe zur NS-Ideologie zu befreien. Armin Mohler, einer der Gründerväter des neu-rechten Denkens in Deutschland, begründete dies in seiner 1949 erschienenen Dissertation damit, dass sich die sogenannte »Konservative Revolution« der Weimarer Republik, auf die sich die Neue Rechte ideengeschichtlich bezieht, in der politischen Wirklichkeit nicht habe durchsetzen können. Nach Mohler seien deren VertreterInnen die »Trotzkisten des Nationalsozialismus« gewesen. In dieser Denktradition sieht sich auch die Identitäre Bewegung, die mit der älteren Generation der Neuen Rechten bestens vernetzt ist. Im Webshop »Phalanx Europa«, der von dem Wiener Vorzeige-Identitären Martin Sellner mit gegründet wurde, finden sich etliche Bezüge zur sogenannten »Konservativen Revolution« und weiteren nationalistisch bis faschistisch einzuordnenden ProtagonistInnen aus Philosophie- und Literaturgeschichte. So lassen sich dort Poster mit Zitaten und Konterfeis von Martin Heidegger, Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger, Oswald Spengler oder auch Julius Evola erwerben.

Doch zurück zum Verhältnis von Metaphorik und politischer Praxis. In einem von Götz Kubitscheks Verlag »Antaios« veröffentlichten Band diskutieren Martin Sellner und Walter Spatz von der IB aus Deutschland über den Philosophen Martin Heidegger und Elemente seines Denkens, die für die Identitären nutzbar gemacht werden könnten. Ein zentraler Begriff Heideggers, der von beiden aufgegriffen wird, ist Gelassenheit. Diese wird von Sellner und Spatz zunächst als Antipode zum Aktivismus begriffen, um diese Gegenüberstellung später jedoch wieder aufzulösen. So fragt Spatz: »Ist Gelassenheit heutzutage noch angemessen, oder müßten wir wieder in die Konfrontation gehen? (…) Könnte im Gegenteil die derzeitige Invasion Illegaler nicht ein Aufbruchzeichen sein? Wann, wenn nicht jetzt, im Angesicht des millionenfachen Fremden, müßte die Gelassenheit ein Ende finden?« Sellner kommt zu dem Schluss: »Unser ethnokulturelles Dasein ebenso wie eine echte Offenheit müssen erkämpft werden (…). Wie der dornige Stiel zur Blüte, so sind der Kampf, die Härte und die Disziplin keine Widersprüche zu Gelassenheit und seinsgeschichtlicher Sinnsuche.« Letztendlich sei es auch das Denken Heideggers, das es den Autoren nach ermögliche, einen völkisch geprägten Nationalismus (»das Selbstsein des Volkes«, was nach Spatz auch »den Ausschluss der Ausländer« beinhalte) anzustreben, ohne jedoch dem Vernichtungswahn des Nationalsozialismus zu frönen.

Selbstbild ohne Brüche

Auch Heidegger dient den Identitären somit als Ausgangspunkt für eine völkisch begründete, europäische Identität. Mittels einer willkürlichen Aneignung historischer Ereignisse wird eine scheinbar wasserdichte Abgrenzung zum Islam vollzogen. Politische Diskontinuitäten und kulturelle Hybridisierungen werden dabei komplett übersehen: Das Selbstbild der Identitären kennt keinerlei Brüche. Und so kann sich die Identitäre Bewegung mittels Versatzstücken aus Historie und Philosophie ihr Europabild zusammenbauen und sich als Avantgarde begreifen, deren Ziel es ist, Europa vor dem Untergang des Abendlandes zu bewahren. Dass der philosophische Gestus der IB dabei keinesfalls als Beleg dafür dienen kann, dass sich die Identitären ausschließlich im Bereich der Metapolitik und des Diskurses bewegen, haben Spatz und Sellner so formuliert: Es gibt keinen Widerspruch zwischen Philosophie und Kampf. Letztendlich war ein Befeuern des rassistischen Diskurses schon immer dafür gut, dem rechten Mob die notwendige Legitimierung für sein Handeln zu verschaffen.

Merchandise und Aktionismus

Die »Identitäre Bewegung« hat einen »Sommer des Widerstandes« hinter sich. Zeit für einen Blick auf Form und Geschichte einer neu-rechten Protestbewegung.

von Volker Weiß



»Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.« Mit diesen Worten umriss die »Patriotische Plattform« (PP) der »Alternative für Deutschland« (AfD) am 14. Juni 2016 ihr Verhältnis zur »Identitären Bewegung« (IB). Anlass war die kurz zuvor bekanntgegebene Überwachung der IB durch den Verfassungsschutz. Diese Positionierung kam nicht überraschend. Partei und Bewegung sind nicht nur in vielen Fragen deckungsgleich, sie sprechen auch dasselbe Milieu an. Besonders die Nähe von AktivistInnen beider Gruppen zur Neuen Rechten und zu akademischen Verbindungen ist auffällig. Alexander Gauland dagegen zeigte sich im Interview mit »Compact« skeptisch. Die jungen Leute sollten, statt bei der inkriminierten IB aktiv zu sein, lieber gleich in die Partei kommen: »Ich erwarte, dass Menschen, die wie die AfD denken, bei uns mitmachen.«

Die Nachricht von einer staatlichen Überwachung der IB fiel mit dem von ihr ausgerufenen »Sommer des Widerstandes« zusammen. Am 17. Juni mobilisierte sie »europaweit« für eine Demonstration in Berlin, die allerdings mit circa 100 TeilnehmerInnen recht spärlich ausfiel und kaum überregionale Beachtung fand. Erst mit der Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016 stellte sich der erhoffte Medieneffekt ein. Das Foto des IB-Transparents für »Sichere Grenzen, sichere Zukunft« ging durch die Nachrichten. Die IB hatte ihre Hauptbotschaft, die Abschottung Europas gegen Flüchtlinge, vermitteln können.

Fast vier Jahre hatte die IB in Deutschland auf so einen Erfolg warten müssen. Aufgrund der Diskrepanz zwischen ihren knalligen Internetauftritten und faktischer Unsichtbarkeit in der Realwelt galt sie zunächst als virtuelle Bewegung. Auch kleinere Aktionen im Stil der Kommunikationsguerilla, wie das Verhüllen von Denkmälern mit Burkas, um auf eine drohende »Islamisierung« hinzuweisen, blieben außerhalb des eigenen Milieus nahezu unbemerkt. Allein die rechte Medienlandschaft reagierte, wenn wieder irgendwo der schwarz-gelbe Buchstabe Lambda, das Symbol der IB, auftauchte. Das galt nicht nur für »Sezession«, das neurechte Strategieorgan aus dem Kreis des Verlegers Götz Kubitschek, der in Deutschland ohnehin als Spiritus rector der IB agierte. Mehrfach schaffte die IB es auf die Titelseite der »Jungen Freiheit«, die Septemberausgabe 2016 von »Compact« widmete der IB ein ganzes Dossier und feierte ihren Sprecher und Vorzeigeaktivisten Martin Sellner als »neuen Rudi Dutschke«. Die Bezeichnung der IB in »Compact« als »revoltierende Studenten wie die 1968er, nur andersrum« ist dabei die zentrale Vermarktungsstrategie. »Andersrum« steht für die programmatische Negation der zentralen Werte von ´68: Die IB fordert Autorität, internationale Entsolidarisierung, traditionelle Geschlechterrollen und ein Bekenntnis ausschließlich zur »Ethnokultur« der eigenen Nation in einem weißen Europa.

Dafür präsentiert sich die IB als europäische Jugendbewegung und bedient eine entsprechende Ästhetik. Identitäre Bewegungsunternehmer, darunter das Label »Phalanx Europa«, bieten das entsprechende Merchandise an. Ihre Flyer, Plakate und Parolen sind häufig an bekanntes linkes Design angelehnt, die IB betreibt so die schon von den Autonomen Nationalisten bekannte Umdeutung linker Codes. Provokativ sollen die Auftritte wirken, angereichert aus dem Fundus der Populärkultur, nur eben mit anderen Inhalten: Die Heroen der »Konservativen Revolution« aus der Zwischenkriegszeit werden im Stil der Pop-Art gereicht: Martin Heidegger, Ernst

Jünger und Arthur Moeller van den Bruck, knallig konturiert wie Warhols Marilyn Monroe. Zitate der Autoren zieren entsprechende T-Shirts und Poster, die sich der rechte Nachwuchs in die (durchaus vorhandenen) »identitären« Wohngemeinschaften hängen kann. So soll die Kernbotschaft vermittelt werden: Der Geist der jungen Revolte steht jetzt rechts!
Dabei folgte auch die deutsche IB strikt einem vorgegebenen Muster. Das schwarz-gelbe Label, das man dem eigenen Bekunden nach bekannter zu machen plant als »Coca-Cola«, stellt europaweit das Corporate Design der IB dar. Es ist – ausgerechnet – der US-amerikanischen Comicverfilmung »300« entlehnt. Die poppige Verfremdung historischer Formen sowie die Anleihen bei der Linken wurden in den Jahren zuvor beispielsweise schon hinreichend durch »Casa Pound« in Rom praktiziert. Das neofaschistische Hausprojekt sieht sich selbst als Teil einer »identitären« Strömung in Europa. Der Anstoß kam aus Frankreich, wo sich der »Bloc Identitaire« (BI) 2002/2003 aus der Konkursmasse zweier extrem rechter Organisationen gebildet hatte: der »Unité Radicale« und der »Jeunesses Identitaires«. Von nun an waren die AnhängerInnen des «Bloc Identitaire« als die »andere Jugend« aktiv, organisierten Zeltlager, Kampfsportschulungen und stellten 2012 ihre »Déclaration de guerre« ins Internet: »Wir sind die Bewegung, die auf unsere Identität, unser Erbe, unser Volk und unsere Heimat schaut und erhobenen Hauptes dem Sonnenaufgang entgegengeht.« Von der etablierten französischen Rechten des »Front National« grenzte sich der BI ab, da diese ihnen zu republikanisch-zentralistisch war. Stattdessen propagierte man ein Konzept des Regionalismus, Nationalismus und Europäismus.
Im Oktober 2012 sorgte die »Génération Identitaire«, die Jugendorganisation des BI, durch die Besetzung eines Moscheerohbaus in Poitiers über Frankreich hinaus für Schlagzeilen. Auf einem anschließenden identitären Kongress im südfranzösischen Orange fanden sich Autoren der neurechten Organe »Sezession« und »Blaue Narzisse« ein. Im Anschluss rührten besonders die Frankreich-Reisenden Martin Lichtmesz und Götz Kubitschek die Werbetrommel, um das identitäre Konzept in Deutschland bekannt zu machen. Doch zunächst blieb das Echo aus. »Die Identitären in Deutschland haben freilich auch nichts gerissen. Das ist recht kläglich und klaglos den Orkus hinabgegangen«, gab Martin Lichtmesz noch 2015 im Gesprächsband »Tristesse Droite« des »Antaios Verlags« zu Protokoll. Kubitschek räumte dabei sogar ein, seine LeserInnen in der »Sezession« in die Irre geführt zu haben. Denn trotz des Eindrucks, den ihre Texte vermittelten, sei der Besuch des »Identitären« Treffens in Orange 2012 für ihn und Martin Lichtmesz eher ernüchternd ausgefallen. Von der »Dynamik, die im Internet verbreitet wurde«, beklagte er, sei »vor Ort nichts vorzufinden« gewesen. Man habe dennoch begeistert berichtet, da man sich in den Ansatz »ziemlich vernarrt« hatte.
Diese Anziehungskraft der Identitären auf Lichtmesz und Kubitschek dürfte vor allem auf einen Wiedererkennungseffekt zurückzuführen sein. 2007 hatte Kubitschek eine kleine Schrift mit dem Titel »Provokationen« vorgelegt, in der er Möglichkeiten auslotete, neu-rechte Inhalte an die Öffentlichkeit zu bringen. Angesichts der verbreiteten Indifferenz gegenüber der nationalen Frage lautete seine Diagnose: »Es fehlt eine Kriegserklärung. Wie in langer Dämmerung wird nach und nach offensichtlich, was derjenige, der wach war, als Eskalationsstufen längst wahrnehmen konnte.« Die identitäre Kriegserklärung war – gepaart mit dem islamistischen Terror in Europa – nun ein greifbarer Ansatz. Zuvor hatte »Sezession« bereits begeistert über die »Faschisten des 3. Jahrtausends« in der römischen »Casa Pound« berichtet, deren Stil sich deutlich mit dem der IB deckte. Zum anderen hatten sie selbst 2008/2009 mit ähnlich provokanten Formen experimentiert. Als »Konservativ-Subversive Aktion« (KSA) hatte ein Trüppchen um Kubitschek versucht, mit der Störung von Lesungen und Kongressen in die Medien zu kommen. Das an linken Protestmethoden geschulte Kalkül, durch Auffälligkeit eine mediale Plattform für die eigenen Botschaften zu erobern, hatte allerdings mangels Substanz nicht verfangen. Als das Bild der Moscheebesetzer aus Frankreich durch die Medien ging, fühlte man sich an das eigene Konzept erinnert. Ohnehin gab es in der neu-rechten »Familiengeschichte« bereits ähnliche Aktionsformen. So agierte in den 1950er Jahren eine »Konservative Front« um die Brüder Marcel und Robert Hepp, die Vorlesungen störten und Flugblätter verteilten. Das Projekt war durch die Erzählungen von Armin Mohler in die Annalen der Neuen Rechten eingegangen. Wenn auch der Erfolg in Deutschland ausblieb, so machte sich Kubitscheks Verlag »Antaios« erfolgreich daran, identitäre Literatur aus Frankreich zu übersetzen, allen voran die »Revolte gegen den Großen Austausch« von Renaud Camus.
Etwas mehr Fahrt nahm das Projekt auf, als der österreichische Identitäre Martin Sellner im Mai 2015 als Autor bei »Sezession« auftrat und einen engen Schulterschluss mit Kubitschek vollzog. Die wichtigsten Kader der deutschen IB leben in Österreich, allen voran Martin Sellner und Martin Lichtmesz. Dies markiert einen wesentlichen Unterschied zur dezentralen Struktur der anderen europäischen IB-Segmente. Sie steht in der Tradition des »alldeutschen« Gedankens der deutsch-österreichischen Einheit, ganz im Sinne des klassischen völkischen Nationalismus.
Neben der Nähe zu den Medien und AkteurInnen der Neuen Rechten ist für die IB auch die AfD besonders interessant. Im Sommer 2016 wurden Papiere der hessischen IB bekannt, in denen Strategien diskutiert wurden, »einen Fuß oder mehr in die AfD zu bekommen«. Neben den ostdeutschen Landesverbänden weist die hessische AfD mit dem von der »Jungen Freiheit« unterstützten Martin Hohmann ein Profil auf, das für die IB besonders attraktiv ist. Zudem gehört ihr der »Sezessions«-Autor Andreas Lichert an, der im Trägerverein des zugehörigen »Instituts für Staatspolitik« aktiv ist und der IB bereits Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatte. Von engen Verbindungen der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« in Baden-Württemberg zur IB berichtet Andreas Speit in seinem neuen Buch »Bürgerliche Scharfmacher«.
Laut den AutorInnen des bei Unrast erschienenen »Handbuchs« zu den Identitären existieren zahlreiche Verbindungen europäischer Rechtsparteien zu den jeweiligen Sektionen der IB. Am signifikantesten ist diese Nähe in Österreich. Das »Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes« (DÖW) schreibt gar von einem »regen Personalaustausch« zwischen Partei und Bewegung, wobei lediglich auf doppelte Leitungsfunktionen verzichtet werde. Als Beispiele für die enge Verbindung IB-FPÖ nennt das DÖW den Identitären Alexander Markovics, einst FPÖ-Kandidat und im »Ring Freiheitlicher Studenten« tätig. Der Salzburger IB-Landesleiter Edwin Hintsteiner kommt aus der Jugendorganisation der Partei, dem »Ring Freiheitlicher Jugend«. Die IB-Aktivistin Bernadette Conrads trat 2015 für die FPÖ in Wien zur Wahl an und Alexander Schleyer verließ wiederum die IB, um als parlamentarischer Mitarbeiter der FPÖ zu arbeiten. Der schlagende Korpsstudent Schleyer ist zudem tief in der neu-rechten Szene Deutschlands verwurzelt. Bekannt wurde er auch als Hobbylyriker durch einen Preis des »Vereins Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V.«. Dieser Verein, dessen Vorsitzender Felix Menzel ist, gibt zudem die Zeitschrift »Blaue Narzisse« heraus und organisiert die neu-rechte Fachmesse »zwischentag«. Beim letzten »zwischentag« 2015 stand neben einem Vortrag der IB auch eine Lyrik-Lesung Schleyers auf dem Programm.
Die immer wieder vorgetragene Behauptung der IB, »nicht rechts« zu sein, ist deutliche Augenwischerei. Sie hat ihren klaren Platz in der neu-rechten Familie. Darüber kann auch das verhältnismäßig moderne Auftreten nicht hinwegtäuschen. Zum einen besteht seit dem historischen Faschismus kein Widerspruch zwischen der äußersten Rechten und einer modernen Präsentation, zum anderen kommen unter der popkulturellen Oberfläche schnell die ganzen Formen der »ästhetischen Mobilmachung« zum Vorschein, welche die Synthese von Subkultur und rechter Ideologie seit jeher prägen. Ihre derzeitige Aktivität ist jedoch weniger auf eigene Leistung zurückzuführen, sondern findet im allgemeinen Aufschwung rechter Inhalte und Gruppen im Schatten der »Flüchtlingskrise« statt.

Anarch, Solitär, Reaktionär

Zu den literarischen Standardwerken auf die sich die »Identitäre Bewegung« stützt, gehört neben Renaud Camus' »Le grand remplacement« - immerhin namensgebend für ihre Kampagne gegen den »Großen Austausch« - der dystopische Roman »Le Camp des saints« (»Das Heerlager der Heiligen«) von Jean Raspail.

von Volkmar Wölk

Es gibt Menschen, die man sich unwillkürlich sofort im Hausmantel vorstellt. Natürlich mit einem sorgsam gefalteten Tuch in der Brusttasche. Menschen – nein: Männer natürlich –, die aus der Zeit gefallen zu sein scheinen. Menschen, die sich in ihrer eigenen Welt bewegen, die sich dem Geschwindigkeitsrausch und der Technik der Moderne entzieht. Natürlich gehört eine aufrechte Haltung zu ihnen, unverrückbare Überzeugungen, die unbedingt und konsequent vertreten werden und deren heroischer Charakter es geradezu erfordert, dass sie sich außerhalb der Zeit – bei den ewigen Wahrheiten – verorten und als Einzelgänger in der und gegen die Gesellschaft wirken. Sie funkeln in ihrer Umgebung wie ein Solitär, sie verkörpern den Widerstand wie Ernst Jüngers Typus des Anarchen. Kurz: sie sind nur als Reaktionär vorstellbar. Ein solcher Mensch ist der 1925 geborene französische Schriftsteller Jean Raspail, dessen 1973 erschienenes Hauptwerk »Das Heerlager der Heiligen« gegenwärtig einen späten, jedoch nicht unerwarteten Erfolg in Deutschland feiert. Rund drei Dutzend Bücher hat der Autor seit 1952 veröffentlicht, literarische Auszeichnungen und Ehrungen geradezu gesammelt. Bereits 1981 erhielt er den renommierten »Grand Prix du Roman« der Académie française und damit so etwas wie den literarischen Ritterschlag.

Dabei ist seine Herkunft ganz und gar nicht aristokratisch. Nein, Raspail entstammt dem Bürgertum, noch dazu dem Besitzbürgertum, der Bourgeoisie. Sein Vater Octave gehörte zur industriellen Elite des Landes. Das ermöglichte das Schreiben fernab materieller Sorgen, es schuf die Voraussetzungen für zahllose Reisen, für Muße und Abenteurertum. Zum Beispiel für sein Schlüsselerlebnis, eine Reise im Kanu über 4.500 Kilometer quer durch die ehedem französischen Besitzungen in Nordamerika, von Québec bis New Orléans. Die Bourgeoisie hat zwar ihre Vorteile, doch haftet ihr etwas Anrüchiges an. Was tut jemand, der aus einer Familie der Händler entstammt, sich aber zum Helden berufen fühlt? Er positioniert sich so deutlich wie möglich fern von der bürgerlichen Ideologie per se, dem Liberalismus. Das ist möglich als Katholik, das ist möglich als Monarchist. Raspail verknüpft beides. Raspail sieht nur ein Gegengift gegen die Moderne: die Tradition. Für ihn ist es nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Die Uhr muss zurückgedreht werden. Von entschlossenen Männern, welche die Not wenden, von Reaktionären, die dem Urteil des »Konservativen Revolutionärs« Hans Freyer zustimmen, der das »Schicksal der Nivellierung und Homogenisierung durch den Kapitalismus« als reale Gefahr beschreibt. Die die Kritik am Wirtschaftsliberalismus als Bindeglied zwischen echten Rechten und echten Linken sehen. Die das Urteil des Burschenschafters, Jungverlegers und Kopfs der neu-rechten Initiative »Ein Prozent«, Philip Stein, teilen, dass »jeder gesellschaftlichen Veränderung eine ernsthafte metapolitische Arbeit vorausgehen muss«. Die mit Genugtuung registrieren, dass in den vergangenen Jahren in der LeserInnenschaft das Interesse an den AutorInnen der »Konservativen Revolution« wieder gestiegen sei und die Suche »nach querliegenden gesellschaftlichen Entwürfen jenseits des Begriffspaares ‹Links – Rechts›« virulent geworden sei.

Deshalb veröffentlicht Philip Stein in seinem Verlag »Jungeuropa« als erstes Buch das Hauptwerk des französischen Schriftstellers Pierre Drieu La Rochelle, »Die Unzulänglichen«, einen faschistischen Entwicklungsroman, deshalb haben sich der neu-rechte Verleger Götz Kubitschek und sein österreichischer Mitstreiter Martin Lichtmesz als Übersetzer an eine Neuausgabe von Raspails »Das Heerlager der Heiligen« gemacht. Eine erste Ausgabe war 1985 in einer verstümmelten Version und schlechter Übersetzung im Tübinger Hohenrain-Verlag erschienen. Erfolg war dem Werk damals nicht beschieden. Die erste »Flüchtlingswelle«, die damals zum Erstarken der »Republikaner«, einer nie gekannten Anschlagsserie und schließlich der faktischen Abschaffung des Asylrechts durch eine ganz große Koalition führte, schickte nur ihre ersten sanften Ausläufer voraus. Und auch später fehlte es der extremen Rechten am strategischen Geschick, literarische Werke in ihre politische Arbeit einzubauen. Damals war folgerichtig der Band ein Flop, heute bescheinigt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) in einer Besprechung: »Das Heerlager der Heiligen dürfte ein Kultbuch werden.«

Worum geht es in dem Band, der bereits heute das Interesse an Raspail in Deutschland so sehr hat anwachsen lassen, dass weitere Bände in Übersetzung publiziert wurden (»Der Ring des Fischers«, »Sieben Reiter verließen die Stadt«)? Die »Armada der letzten Chance« ist aufgebrochen. Ausgangspunkt ist der indische Subkontinent, Ziel – erwartungsgemäß – Europa. An Bord der Flotte: eine Million dem Verhungern nahe Menschen. Es handelt sich lediglich um eine Vorhut, die – so der Verlag – »Vorhut weiterer unzähliger Massen aus der Dritten Welt, die denselben Weg aus dem Elend wählen werden.« Und Kubitschek/Lichtmesz beschwören weiter die Aktualität der Dystopie Raspails: »Das realitätsblind gewordene Abendland reagiert auf diese drohende, waffenlose Invasion mit einem utopisch-humanitären Taumel, der letztlich seinen Untergang zur Folge hat: innerlich zerfressen von Selbstverachtung, schlechtem Gewissen und schwindendem Selbstbehauptungswillen ist der europäische Kontinent nicht mehr imstande, das Eigene zu verteidigen.«

Die immer noch kleine Schar deutscher Neu-Rechter hat Jean Raspail selbst erst vor wenigen Jahren entdeckt. Ausgangspunkt war das durch eine Fanalzündung entflammte Interesse an den französischen »Identi-

tären«, welche die Metapolitik der »Nouvelle Droite« mit nationalrevolutionären Strategien und situationistischen Ansätzen verknüpft hatten. Die Besetzung der im Bau befindlichen Moschee von Poitiers hatte geradezu einen Medienhype um diese Miniatur-Bewegung entfacht. Kubitschek und Lichtmesz reisten zu einem Kongress der »Identitären« nach Orange, waren fasziniert und lernten bei dieser Gelegenheit neben wichtigen politischen AkteurInnen der Strömung in Frankreich gleichzeitig auch Autoren wie Renaud Camus (inzwischen ebenfalls bei »Antaios« verlegt) oder eben Jean Raspail kennen.
Jenen Raspail, der doch mit der konservativen, bourgeoisen Rechten nichts zu schaffen haben mag, der angesichts des Rechtsschwenks in der französischen Gesellschaft im greisen Alter jedoch zur Kultfigur mutiert. Ihm öffnen sich die Massenblätter, wie das an jedem Kiosk erhältliche Wochenmagazin »Valeurs actuelles«(«Aktuelle Werte«) ebenso wie die Theorieorgane der extremen Rechten, zum Beispiel die »Éléments« der französischen Nouvelle Droite. Als »Don Quichotte eines Königtums ohne Krone« wird er in den »Valeurs actuelles« vorgestellt, als »Paladin angeblich verlorener Schlachten, als Ritter, der einem zeitlosen Herrschaftsanspruch dient, als Vertreter vergessener oder geopferter Völker«. Jenen Raspail, der seinen neu-rechten Interviewern der »Éléments« bei deren erstem Besuch im Winter 1974 als erstes seinen konträren Standpunkt in einem zentralen Thema entgegenschleuderte: »Ich bin heidnisch-christlich. Man kann doch gar nichts besseres finden als den Katholizismus, wenn man das Beste des Heidentums bewahren will, nicht wahr?«. Jenen Raspail, der heute seinen Gesprächspartnern von den »Éléments« versichert, das Abenteurertum gehöre untrennbar zu einem »Ultra-Reaktionär«, wie er selbst es sei.
Es ist davon auszugehen, dass jener Autor, der im April 2016 im Feuilleton der FAZ ein Porträt des gerade in Deutschland wiederentdeckten Jean Raspail zeichnete, die oben benannten Interviews genau zu Kenntnis genommen hat. Er stellt ihn vor als Schriftsteller »aus der kleinen, aber ehrbaren Familie des Don Quijote«, der »zeitlebens parteilos, die Niederungen der Politik ebenso wie die Masse, die er verabscheut« gemieden habe. Mit unverhohlener Sympathie porträtiert er einen Autor, der »den Willen zur Zerstörung des Heiligen« beklagt. Raspail, der Verächter der Bourgeoisie, bringt ausgerechnet den LeserInnen des Leitmediums der Bourgeoisie die zentralen Gedanken seines »Heerlagers der Heiligen« mittels des devoten FAZ-Autors Konrad Weiß nahe: »Eine Million bettelarmer, aber entschlossener Boatpeople fällt als Vorhut der Dritten Welt gewaltlos in Frankreich ein, das ein Trommelfeuer der Indoktrination durch faktisch gleichgeschaltete Medien und politische Eliten zu jeglichem Widerstand und Selbstbehauptungswillen unfähig gemacht hat. Heute spricht man von ‹Willkommenskultur› – und Raspail von der ‹altruistischen Idiotie, die Millionen deutscher Schwachköpfe, pardon, ‹Aber ja! Nur immer herein!› ausrufen lässt.›«
Dabei, so Raspail, hätte Deutschland von Frankreich lernen können, denn dieses befinde sich nunmehr schon seit Jahrzehnten in einem verheerenden kulturellen Wandel, es sei »reif für den finalen Schlag«. Es habe »eine schleichende Kolonisation begonnen, sie macht in manchen Banlieues achtzig Prozent aus und bewirkt bereits eine Segregation durch Rückzug. Irgendwann wird man nicht mehr ausweichen können, eine Art Bürgerkrieg ist unausweichlich«. Raspail teilt an dieser Stelle ausdrücklich die Analysen anderer neu-rechter Referenzautoren wie Guillaume Faye (»Die Kolonisation Europas«) oder Eric Werner (»Der Vor-Bürgerkrieg«). Die literarische Dystopie wird zur Ausmalung der politischen Analyse und Raspail wird zum Teil eines Diskursbündels, dessen zentrales Thema ein waidwundes Europa ist, das kurz vor dem Todesstoß durch die Massenmigration steht.
Ermöglicht wird dies alles durch angebliche Dekadenz der EuropäerInnen, die sämtliche heroischen Werte und damit die Fähigkeit zur effizienten Gegenwehr längst verloren hätten. Und so wie der Held der »Unzulänglichen« von Drieu La Rochelle am Ende des Romans zu Kämpfertum findet, auf der Seite der GegnerInnen der republikanischen Regierung in den Spanischen Bürgerkrieg zieht, so ist es für die gesamte nationalrevolutionär orientierte Neue- Rechte eine ausgemachte Sache, dass dem drohenden »Untergang des Abendlandes« nur durch die europäische Wiedergewinnung des Widerstandsgeistes und -ethos Einhalt geboten werden kann. Eine Haltung, die die FAZ auch Raspail zuschreibt: »Raspails Romanfiguren haben samt und sonders keine Hoffnung, aber eine zugleich selbstvergessene und unbeugsame Attitüde des Trotzdem.« Jene Selbstverständlichkeit des Sterbens für eine Sache, »wie das Gesetz es befahl«, nach dem Vorbild der Spartaner bei der Schlacht bei den Thermopylen gegen die übermächtigen Perser.
Jean Raspail selbst bevorzugt eine andere historische Analogie, die allerdings nicht weniger mythenumwabert ist. Für ihn bietet das Kriegerethos der japanischen Samurai das bevorzugte Vorbild. Und so klingt es wie aus dem Hollywood-Schinken »Der letzte Samurai« entnommen, wenn der steinalte Mann seinem jungen Besucher verkündet: »Wenn man eine (fast) verlorene Sache vertritt, muss man ins Horn stoßen, aufs Pferd springen und einen letzten Ausfall wagen.« Der ist begeistert, nimmt das Zitat als Abspann für seinen FAZ-Artikel – und führt diesen nur wenig später in einer Variante in der neu-rechten »Sezession« weiter.

»Identitäres« Netzwerk

Die Berührungspunkte der »Identitären Bewegung« mit der AfD sind größer als bisher angenommen. Die »Identitären« in Sachsen-Anhalt rekrutiert sich aus militanten Neonazis im Umfeld der NPD-Jugendorganisation und Burschenschaftern.

von Klara Leineweber



Im April 2016 befragte der »Mitteldeutsche Rundfunk« André Poggenburg, den Landesvorsitzenden der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in Sachsen-Anhalt, zu den Verbindungen seiner Partei zur »Identitären Bewegung« (IB). Poggenburg behauptete, es gebe keine Zusammenarbeit und man habe sich auch noch nicht intensiv mit der IB beschäftigt. Anlass des Interviews war der Auftritt seines Fraktionskollegen und Mitglieds des Landtages, Jan Wenzel Schmidt, bei einer Kundgebung der »IB Harz« unter dem Titel »Ein Licht gegen die Flüchtlingspolitik« in Wernigerode. Schmidt, der den ehemaligen NPDler Stefan Träger als Wahlkreismitarbeiter beschäftigt, beschwor dort vor einer Mischung aus Neonazis und »Besorgten Bürgern« die Angst vor dem »Großen Austausch«. Träger darf wegen seines früheren Engagements für die NPD und deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) laut der AfD-Satzung nicht Mitglied der AfD werden. Gegen seine Beschäftigung als Mitarbeiter eines Abgeordneten spricht jedoch nichts. Angeblich habe sich Träger von der NPD distanziert. Ebenfalls anwesend und mit Ordnerbinde ausgestattet war Michele Kurth. Dieser ist aktuell im Umfeld des Kreisverbandes Harz der AfD aktiv und engagierte sich früher im Umfeld der NPD. Bekannteste, aber schon seit geraumer Zeit nicht mehr öffentlich in Erscheinung getretene Person ist Michael Schäfer, ehemaliger Bundesvorsitzender der JN und zeitweise parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Bei der Kundgebung unter Beteiligung von Schmidt tauchte Schäfer zu Beginn kurz auf, zog sich dann aber schnell wieder zurück.

Burschenschaft Germania

Die »Halle-Leobener Burschenschaft Germania« (HLB), welche aus einer Fusion der »Halleschen Burschenschaft Franco-Germania« sowie der »Alten Leobener Burschenschaft zu Clausthal« hervorging, ist Mitglied im rechten Dachverband der »Deutschen Burschenschaft« und in der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft«. Sie hatte in den späten 1990er Jahren Berührungspunkte mit der neonazistischen Szene. Laut der »tageszeitung« von Mitte 2010 wurde für die Sicherheit von Veranstaltungen der damalige »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« (SS-SA) engagiert. Die HLB entstammt einem Milieu, das bereits in den späten 2000er Jahren mit dem neu-rechten Vordenker Götz Kubitschek und seinem »Institut für Staatspolitik« (IfS), der Zeitung »Junge Freiheit« und anderen den Nährboden für die heutige »Patriotische Plattform« (PP) der AfD bot.

Aktivistische Plattform

Der IB kommt die Funktion einer aktivistischen Plattform zu, welche die nationalen Interessen von AktivistInnen mit unterschiedlichen Hintergründen verbindet. So finden sich im Umfeld des halleschen Ablegers, der »Kontrakultur Halle«, nicht nur diverse Burschenschafter, sondern auch der wegen Körperverletzung vorbestrafte Neonazi Mario Müller und seine Freundin Melanie Schmitz sowie Dorian Schubert – ehemals beim «JN Stützpunkt Lörrach« aktiv. Melanie Schmitz ist die Sängerin des Musikstücks, das als Konter auf eine musikalische Kritik der Band »Jennifer Rostock« an der AfD im Vorfeld der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern bekannt wurde. Als Sängerin war Schmitz mit Till-Lucas Wessels am Klavier und Mario Müller als Fotograf (alle »Kontrakultur Halle«) bei der Wahlparty der AfD in Schwerin am Abend der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern anwesend. Ebenfalls feierten dort Torsten Görke und Hannes Krünägel, Regionalleiter der IB in Mecklenburg-Vorpommern, das Wahlergebnis der AfD.

Bursche der HLB und im Umfeld der »Kontrakultur Halle« aktiv ist Chris Wiedemann. Er ist seit einigen Monaten als Wahlkreismitarbeiter beim AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider beschäftigt. Wiedemann, Lehramtsstudent an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), gehört neben Tillschneider dem Vorstand der »Patriotischen Plattform« der AfD an. Bereits im Mai 2015 nahmen Stefan Träger, Chris Wiedemann, Jan Wenzel Schmidt und Leon Grünke – stellvertretender Vorsitzender der »Jungen Alternative Sachsen-Anhalt« – am Stiftungsfest der HLB in Halle teil.

Simon Kaupert hingegen ist Anfang 2015 als Gesicht des Würzburger PEGIDA-Ablegers »WÜGIDA« in Erscheinung getreten. Am 23. Mai 2015 nahm Kaupert am »Pfingstlager« der JN in Lützellinden (Hessen) teil. Organisiert wurde das Lager von JN-Strukturen aus Mittelhessen um das jetzige Landesvorstandsmitglied Thassilo Hantusch, Sohn des NPD-Kandidaten zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt, Thomas Hantusch, der auch langjähriger NPD-Funktionär in Hessen war.



»Kontrakultur«

Laut Eigenbeschreibung ist das »patriotische Projekt Kontrakultur Halle« seit Mitte 2015 »Teil einer europäischen Jugendbewegung – der Identitären Bewegung«. Die Ziele sind eindeutig: Der »Große Austausch« soll verhindert werden. Dazu plant das Projekt den »Aufbau einer neuen patriotischen Gegenkultur – einer Kontrakultur – , um so eine solidarische Gemeinschaft für deutsche Jugendliche zu bieten«.

Überregionale Aufmerksamkeit erhielt eine Aktion im März 2016. »Kontrakultur Halle« hatte die Tür zu Räumlichkeiten für eine »Probewahl« für AusländerInnen zugemauert. Aktuell bemüht sich das Projekt um die Aufmerksamkeit von StudentInnen – vor allem rund um die Immatrikulationsfeiern der MLU.

Mario Müller und Melanie Schmitz treten bei verschiedenen Aktionen als Gesichter der »Kontrakultur« auf. Schmitz gehörte vor ihrem Umzug der mittlerweile inaktiven Damenverbindung »Atrytone Assindia« an. Musikalische Erfahrungen konnte sie als Bassistin in der Black Metal Band »Frigoris« sammeln. Mario Müller, der aus Delmenhorst stammt, war dort bei der den »Autonomen Nationalisten« zuzurechnenden »Aktionsgruppe Delmenhorst« aktiv, studierte zunächst in Magdeburg und zog dann nach Halle. Müller wurde bei mindestens einem seiner diversen Gerichtsverfahren vom bekannten Szene-Anwalt Wolfram Nahrath verteidigt. Er zeigte kurzzeitiges Interesse an den JN, 2012 und 2014 besuchte er den JN-Kongress in Kirchheim. Mittlerweile scheinen sich Müller und Schmitz beim »Institut für Staatspolitik« (IfS) in Schnellroda ganz wohl zu fühlen. In einem Video des IfS ist Schmitz bei der so genannten »Winterakademie« 2015 zu sehen. Auch während eines Seminars im September 2016 waren Müller und Schmitz in Schnellroda. Ebenfalls anwesend waren Torsten Görke, Felix Koschkar und Martin Sellner, Simon Kaupert sowie der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider.

Rechts und noch weiter rechts

Hans-Thomas Tillschneider ist Sprecher der »Patriotischen Plattform« (PP) innerhalb der AfD und gehört zu den ErstunterzeichnerInnen der »Erfurter Resolution«, die sich im März 2015 gegen die Begrenzung der »politische[n] Spannbreite der AfD« ausgesprochen hat. Im April 2016 hielt er beim Stammtisch der »Kontrakultur Halle« einen Vortrag zum Thema »Parlament und Straße – gemeinsamer Widerstand?«, später trat er als erster Abgeordneter der AfD bei PEGIDA in Dresden auf und rechtfertigte im Landtag eine Aktion der »Kontrakultur«, bei der der Zugang zu einem Probewahllokal für MigrantInnen zugemauert wurde. Beim »Kyffhäusertreffen« des rechts-außen AfD-Kreises »Der Flügel« Anfang Juni 2016 plädierte Tillschneider für Bündnisse mit »Bürgerbewegungen und Widerstandsgruppen«. Dabei nannte er neben PEGIDA, den Burschenschaften und Gruppen wie »Ein Prozent« auch die IB. Der Schulterschluss zwischen Partei und rechten Bewegungen ist nicht nur ein strategisches Gedankenspiel der AfD-Strömung »Der Flügel«, sondern gängige Praxis.

Ein im Juni 2016 veröffentlichter »Ruf der Vernunft«, in dem ein Netzwerk um die sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten Daniel Roi und Robert Farle eine Kritik am Schulterschluss mit der IB formulierten, konterte Tillschneider mit einer strategischen »Umarmung« und unterzeichnete den sogenannten »Ruf der Vernunft«. In einem internen Schreiben bat er bei den »Kameraden« der PP um blindes Vertrauen und versicherte, dass sich an den Zielen und der Ausrichtung nicht das Geringste geändert habe und auch nicht ändern werde.

»Ein Prozent«

Gegründet mit »Unterstützung« von Jürgen Elsässer, dem Chefredakteur des rechten Magazins »Compact«, von Götz Kubitschek vom »Institut für Staatspolitik« und von Hans-Thomas Tillschneider, hat sich die Initiative zum Ziel gesetzt, mithilfe »eines Prozentes« der deutschen Bevölkerung gegen die »Flüchtlingsinvasion« zu kämpfen. Geleitet wird sie von Philip Stein, dem Pressesprecher der »Deutsche Burschenschaft«. Im Rahmen der Landtagswahlen im März 2016 organisierte die Initiative »Wahlbeobachtungen«, mit denen möglicher Wahlbetrug verhindert und aufgedeckt werden sollte. In Sachsen-Anhalt waren für deren Durchführung vor allem Martin Sellner, Simon Kaupert und Philipp Stein verantwortlich. Sellner und Stein waren direkt im Anschluss auch zu Gast im Wahlstudio der Zeitschrift »Compact« bei der Wahlparty der AfD im Magdeburger Event- und Tagungscenter ETC. Weitere Gäste der Internet-Sendung waren Götz Kubitschek, Björn Höcke, André Poggenburg, Hans-Thomas Tillschneider und Jan Wenzel Schmidt. Kaupert twitterte live aus dem Studio und von der Wahlparty.

Die IB realisiert außerdem aufwendige Videoproduktionen, so zum Beispiel eine emotionale Antwort der AfD Bitterfeld-Wolfen auf negative Presseberichte anlässlich des hohen Wahlergebnisses der Partei in der Stadt. Diese wurde von Sellner und Kaupert produziert, ein Foto auf dem Twitter-Account von Kaupert zeigt Martin Sellner beim Dreh mit der Landtagsabgeordneten Sarah Sauermann. Das Video wurde anschließend über die Facebook-Seite der AfD Sachsen-Anhalt verbreitet. Sarah Sauermann ist Landtagsabgeordnete und die Lebensgefährtin von Daniel Roi, dem parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Beide gehören zu den Erstunterzeichnenden des »Ruf der Vernunft«.

In Sachsen-Anhalt können Teile der AfD und deren Landtagsfraktion auf ein bestehendes rechtes Netzwerk zurückgreifen. Die geografische und ideologische Nähe zu Projekten wie »Ein Prozent«, »Kontrakultur Halle« und IfS eröffnet zahlreiche Möglichkeiten für politische Arbeit: sei es die zukünftige Rekrutierung von MitarbeiterInnen, der Austausch mit einer rechten außerparlamentarischen Opposition oder die Weiterentwicklung der eigenen politischen Ansichten. Der Pool an motivierten AktivistInnen und die neu-rechte Denkfabrik IfS machen es möglich.

Gipfelkreuz und Lederhose

Die bayerischen AkteurInnen der »Identitären Bewegung« sorgen für eine betont bündisch geprägte Außendarstellung der Organisation.

von Robert Andreasch





^ *Sebastian Zeilinger (2. v. re.) im März 2016 in Feldkirchen*

Obwohl Nils Altmieks, Bundesvorsitzender der »Identitären Bewegung« (IB) nach Franken gezogen ist, war die IB im Jahr 2015 in Bayern noch ein weitestgehend virtuelles Phänomen. Der Übergang zur realen Organisierung erwies sich als auffallend zäh, nur Wenige besuchten damals beispielsweise die ersten IB-«Stammtische« im Münchner Lokal »Goldenes Ross«. Mit der Wahl von Sebastian Zeilinger aus dem oberbayerischen Stein an der Traun zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden begann sich das ab Frühjahr 2016 zu ändern.

Die IB Bayern intensivierte ihre «kreativen« Aktionen im südöstlichen Bundesland. Mal bemalten die Mitglieder Leintücher und hängten sie nachts an Autobahnbrücken auf, mal klebten sie Plakate mit Tesa-Film an die Münchner SPD-Zentrale oder legten einen Eimer Schutt vor das Münchner Büro der »Grünen«. Aber der Rathausturm von Hof – wo sie ein kleines Transparent hissten – ist nicht das Brandenburger Tor und eine größere Öffentlichkeit war so zunächst einmal kaum zu gewinnen.

Für virales Marketing sorgte dann ein Werbevideo der IB Bayern. Der Clip »Heimatliebe ist kein Verbrechen« ist auffällig wenig »hip«. Ungelenk und hölzern stehen junge Frauen und Männer vor grünen Feldern und sagen auswendig gelernte, pathetische Sätze auf. Die Gruppe versammelt sich am Lagerfeuer und singt Lieder aus dem »Wandervogel Liederbuch«. Nur an wenigen Stellen zeigt das Video ein bisschen was von der selbstbeanspruchten Dynamik: Aufmärsche mit Fahnenmeer, körperliche Ertüchtigung beim Waldlauf, Kampfsporttaktiken und Boxen zwischen den Bäumen. Als inhaltliche Schwerpunkte werden Begriffe wie »Freiheit«, »Heimat« und »Tradition« eingeblendet – und »Tradition« wird dabei mit einem Kreuz illustriert. Die heile, gewachsene Gemeinschaft –»die Liebe zum Eigenen« wird gegen den »Großen Austausch« der »One-World Globalisten« und »die Heuchelei des linken Establishment« in Stellung gebracht.

Die IB Bayern probierte parallel weitere Strategien aus. Man versuchte eine zeitlang, die montäglichen PEGIDA-Kundgebungen in München mit Transparenten zu dominieren, unterstützte im oberbayerischen Feldkirchen-Westerham die Aktionen einer »Bürgerinitiative« gegen die Unterbringung von Geflüchteten, meldete eine Kundgebung in Traunstein an und mobilisierte schließlich zusammen mit der IB Österreich zu mehreren Aufmärschen (»Wir sind die Grenze«) nach Freilassing. Mit der Wahl dieser Aktionsformen ähnelte die IB plötzlich auffallend stark einer «klassischen« rechten Gruppierung.

Die Aufmärsche der IB an der deutsch-österreichischen Grenze zwischen Freilassing und Salzburg erwiesen sich als Sammelbecken für AnhängerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet und Österreich, es kamen aber auch Burschenschafter, AfDlerInnen, Mitglieder der süddeutschen Neonazi-Szene sowie der verrohte BürgerInnenmob der Region. Die Kontakte ins benachbarte Österreich sind bei der IB Bayern ohnehin eng. Im Imagevideo »Zukunft für Europa« der deutschen und österreichischen IB treten neben dem Gesicht der IB Österreich, Martin Sellner, vor allem Sebastian Zeilinger und andere bayerische Kader vor die Kamera.



^ *Robert Timm (rechts) im Juli 2016 in München*



^ *Nils Altmieks im Februar 2016 in Freilassing*

Als Organisation bietet die IB Bayern Events an, an denen sich Neonazis wie Lorenz Maierhofer (ehemals »Freies Netz Süd«) genauso beteiligen können wie AktivistInnen der »Alternative für Deutschland«, Neu-Rechte wie Felix Springer – Autor des Magazins »Sezession« oder Burschenschafter der »Münchner Burschenschaft Danubia«. Auch der von Dortmund nach München gezogene Lukas Bals (ehemals »Die Rechte«, »PEGIDA München«) trägt das blaue T-Shirt der IB Bayern und verteilt in der Münchner Innenstadt ihre Flugblätter gegen den »Großen Austausch«.
Am 31. Juli 2016 rief die IB zu einer Kundgebung vor der bayerischen Staatskanzlei in München auf, um ihre rassistische Forderung nach einer Massenausweisung («Remigration«) zu bekräftigen. Die 50 Teilnehmenden setzten sich vor allem aus bundesweit angereisten Kadern zusammen: Robert Timm und Anhang aus Berlin, Daniel Fiß aus Mecklenburg-Vorpommern sowie IB-AktivistInnen aus Niedersachsen. Eine öffentliche Wirkung erzielte die kurze Kundgebung nicht. Mangels Masse, zündender Reden oder Wind für die mitgebrachten Fahnen, hatten auch die angereisten eigenen Medienteams keine Motive für ein neues Video. Von nun an meldete die IB keine Versammlung mehr an, stattdessen intensivierten Zeilinger & Co. jetzt die Bildung von Ortsgruppen der IB.
Der stellvertretende Bundesvorsitzende der IB, Sebastian Zeilinger, der Sympathien für die bündische Jugendbewegung hat, sorgt dabei für eine auffallend traditionalistische Ausrichtung der »Regionalgruppe Bayern«. Blondbezopfte Frauen in Röcken und junge Männer in Trachtenhemden und Lederhosen prägen die Außendarstellung. Die AktivistInnen posten in sozialen Medien eine Menge Bergfotos. »Heimat« wird bei der IB Bayern – wo lediglich ein geringer Teil Schwabens und Oberbayerns in den Alpen liegt – völlig verkitscht ausschließlich über Wald- und Bergaufnahmen repräsentiert. Zuwanderung, so wird suggeriert, zerstöre Berge und Natur irgendwie in ihrer Unberührtheit. Selbst eine private Bergwanderung wird schon einmal zur politischen Aktion (Kraftschöpfen für die »Reconquista«) hochstilisiert. Die vielbeschworene Bewahrung von »Tradition« wird auf das Tragen von Lederhosen (die erst im Nationalsozialismus so richtig popularisiert wurden) und kurzer Dirndl (die ebenfalls aus einer Kleidungsstrategie des Nationalsozialismus herrühren) verkürzt. Die »Identitären« wählen als jenes »Eigene« – was verteidigt werden soll – mit Dirndl und Lederhosen nicht zuletzt das wohl am meisten warenförmig ausgeschlachtete Klischee Bayerns.
Einmal, im September 2016, ging die internationale IB-Medienstrategie auch im Süden auf. Dass die bayerischen AktivistInnen ein Holzlattenkreuz auf den »Schafreuter« im Vorkarwendel trugen, nachdem dort das Gipfelkreuz zerstört worden war, fand nicht nur in sozialen Medien, sondern auch in bayerischen Zeitungen eine größere Resonanz. Der nächste Auftritt der IB konnte daran schon nicht mehr anknüpfen: Junge Frauen im Dirndl verteilten auf dem Oktoberfest Gebäck mit dem Lambda-Logo der IB. Schlagzeilen machte dafür eine ganz andere Aktion: In der Nacht zum 3. August 2016 verursachten Unbekannte in den Straßen um die neue Villa der Münchner »Burschenschaft Danubia« mit Dutzenden IB-Graffitis einen Sachschaden in Höhe von zehntausend Euro.

Zwischen Seen und Meer

Jung, poppig, traditionsbewusst, identitär – Attribute, denen Altherren-Parteien wie der NPD längst nicht mehr gerecht werden. Die »Identitäre Bewegung Mecklenburg-Vorpommern« sucht sich andere KooperationspartnerInnen, um ihr Symbol, das schwarz-gelbe Lambda, allgegenwärtig zu machen.

von Lisa Krug

»Sichere Grenzen sind der beste Wachmann«: unter dieser Überschrift versammelten sich Mitglieder und Sympathisanten der »Identitären Bewegung Mecklenburg-Vorpommern« (IB MV) am 20. September 2016 vor dem Rostocker Rathaus. Mit einem Transparent, Flyern und einer Rede des Regionalleiters Hannes Krünägel versuchten die zehn Teilnehmer die Aufmerksamkeit der PassantInnen zu erhaschen. Gegenprotest gab es nicht. Ein Anblick, der im Sommer des Wahljahres in Mecklenburg-Vorpommern kein seltener in der Hansestadt ist. Die IB MV organisierte in diesem Jahr zahlreiche Flashmobs, Agit-Prop-Aktionen, Flyeraktionen und einige wenige, angemeldete Kundgebungen. Trotz aller Bemühungen gelang es aber bislang mit einem Personenkreis von einer Handvoll Organisatoren nicht, das schwarz-gelbe Lambda außerhalb der Universitätsstädte in Mecklenburg-Vorpommern populär zu machen.

Von »Autonomen Nationalisten« zu intellektuellen Identitären

Seit bereits zwei Jahren hat die regionale Gruppe der »Identitären Bewegung« (IB) ihren Webauftritt via Facebook und dem Projekt »Kontrakultur MV«. Die ersten Tendenzen in Richtung der IB machten sich schon 2012 in Mecklenburg-Vorpommern bemerkbar. Die »Nationalen Sozialisten Rostock« (NSR), die den »Autonomen Nationalisten« zuzuordnen sind, veranstalteten im August 2012 eine zu dieser Zeit bei Neonazis beliebte »Hardbass«-Aktion in der Rostocker Innenstadt. Zu dem Lied »We bring Hardbass to your Home 1488« (ins Englische übersetzt) liefen sie unter anderem mit »NS fetzt!«-Schildern durch die Rostocker Einkaufsstraße und wollten die Demokratie »wegbassen«. Wenige Monate später veröffentlichten »Identitäre« Videos einer ähnlichen Aktion in Wien. Auch wenn diese Aktion vor der eigentlichen Gründung der »Identitären Bewegung Deutschland« (IBD) und ohne die IB-typische Corporate Identity stattfand, sprach diese Aktionsform AktivistInnen verschiedener rechter Coleur an.

Die Anfänge der IB MV verliefen 2014 schleppend. Zunächst war die neu-rechte Jugendbewegung lediglich im Internet präsent. Mit Veranstaltungen wie einem monatlich stattfindenden Stammtisch, einer Ostseewanderung oder einem Sommerlager gingen sie auf Werbetour. Dabei war die Teilnahme auch für Nichtmitglieder möglich. Mittlerweile hat sich ein fester Personenkreis von rund zehn Personen mit unterschiedlichstem politischen Hintergrund und Vergangenheit gebildet.

Obwohl die Gruppe bereits seit 2014 aktiv ist, wird sie erst seit Sommer 2016 durch das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Trotzdem können konspirative Aktionen ohne dessen Kenntnis durchgeführt werden. So auch die öffentlichkeitswirksame Besetzung des Brandenburger Tors Ende August 2016, bei der auch Hannes Krünägel sowie Torsten Görke aus Mecklenburg-Vorpommern dabei waren.

NPDler, Burschenschafter und Autonome Nationalisten

Federführend seit der ersten Stunde ist der Rostocker Student Daniel Fiß, der Initiator der Seite »Kontrakultur MV«. Im Umfeld der »Nationalen Sozialisten Rostock« und der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) konnte Fiß bereits frühzeitig Erfahrungen im extrem rechten Spektrum sammeln. Als regionaler JN-Schulungsbeauftragter war er für die ideologische Bildung der jungen NPD-AnhängerInnen zuständig. Mittlerweile gibt Daniel Fiß an, er habe mit den alten Strukturen und Kontakten gebrochen. Auf Nachfragen reagiert er oft distanziert und kurz angebunden. In einem Interview des NDR-Kulturjournals Anfang August 2016 betitelt er seine Zeit bei den JN als »jugendlichen Irrweg«. Nach einer »Reflexionsphase« und einer »strategischen Neuorientierung« hat er sich von seinen alten rechten Kontakten hin zur IB gewandt. Wie weit dieser Bruch reicht, und ob zu allen alten Kameraden der Kontakt abgebrochen wurde, bleibt unbeantwortet. Allerdings hatte er noch im März 2015 bei einem der NPD-dominierten »MVGIDA«-Aufmärschen eine Funktion als Ordner übernommen. Ein weiterer »Identitärer« im Norden ist Torsten Görke. Görke kommt aus dem Umfeld der NPD/JN Sachsen-Anhalt. 2013 zog es ihn zum Studieren an die Ostseeküste. Ähnlich wie bei Daniel Fiß scheinen die engeren Kontakte zur NPD Vergangenheit zu sein. Trotz Görkes Erfahrungen versucht er sich in der Öffentlichkeit bei der IB als Mann der zweiten Reihe zu geben. Die Funktion als Regionalleiter der IB MV übernahm mit Hannes Krünägel ein bis dato unscheinbarer Aktivist aus der zweiten Reihe. Der Rostocker Student war bis mindestens 2014 Burschenschafter bei der »Arkadia Mittweida zu Osnabrück«.

Stürmische »Identitäre«

Mit regelmäßigen Videobeiträgen, die die IB auf ihren Youtube-Kanälen veröffentlicht, greift sie aktuelle politische Diskussionen auf. Mit monatlich angekündigten Stammtischen versucht die IB MV neue Mitglieder zu werben. Wie andere Gruppen der IB fokussiert sich die im Nordosten auf das Thema »Migration«. Mit internen Schulungsveranstaltungen festigt sie ihre Ideologie unter den Mitgliedern und steht dabei im engen Austausch mit anderen SympathisantInnen, aus deren Erfahrungspool sie lernen kann. Ideologische Bezugspunkte dabei sind Werke von Carl Schmitt und Götz Kubitschek.

Als rechte Initiative stellt die IB eine attraktive Organisation für gleichgesinnte Jugendliche dar. Dabei tritt sie in Konkurrenz zu der Nachwuchsarbeit von anderen wie zum Beispiel der NPD-Jugendorganisation JN. Diese wirken im direkten Vergleich mit den relativ unkonventionell agierenden »Identitären« etwas verstaubt und bieder. Auch die Durchführung des JN-Wahlkampflagers bei den diesjährigen Landtagswahlen in MV, an dem auch Nicht-NPD-Mitglieder teilnehmen konnten, war nur ein schwacher Versuch, neue Leute an die Partei zu binden. Für die IB MV stellt die NPD keinen Kooperationspartner dar. Die »Identitären« suchen sich ihre WeggefährtInnen in anderen Reihen des rechten Spektrums.

Im Oktober 2015 besuchte Rudi Wittig einen der monatlich stattfindenden Stammtische der IB MV. Wittig besitzt einen umfangreichen Erfahrungsschatz, wenn es um die Themen Organisation von rechten Bewegungen oder die Jugenderziehung im Sinne des völkisch-nationalen Siedlungsgedanken geht. Der in Nordwestmecklenburg wohnende Wittig war unter anderem Bundesfahrtenführer der 1994 verbotenen »Wiking Jugend« (WJ). Bereits Ende der 1980er Jahre trat er mit einigen Anderen



^ *eine Kundgebung der IB 2016 in MV*

aufgrund eines internen Streites aus der WJ aus und wurde der erste Bundesführer des »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund«. Im Gegensatz zu den »Identitären« versucht der »Sturmvogel« eher im Verborgenen zu bleiben. Mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche schon frühzeitig gegen die bundesdeutsche Gesellschaft zu stärken, Feindbilder zu produzieren und die Integration in die »Volksgemeinschaft« voranzutreiben, werden regelmäßige Fahrten und Lager organisiert. Ein Instrument, das auch IB-Gruppen gern nutzen.
Wittig, der jahrelang nicht öffentlich in Erscheinung getreten war, besuchte im März 2015 gemeinsam mit Torsten Görke seinen ersten rechten Aufmarsch seit langem in Form einer »MVGIDA«-Veranstaltung in Schwerin. Ein halbes Jahr später, im Oktober 2015, nahm er ebenfalls gemeinsam mit Torsten Görke an einem IB-Stammtisch teil. Es bleibt abzuwarten, ob die IB-AnhängerInnen von Rudi Wittigs Erfahrungsschatz profitieren werden.

Alternative Identitäre

Auch wenn keine öffentlich wahrnehmbare Zusammenarbeit der IB mit der NPD stattfindet, ist sie Parteien im Allgemeinen nicht abgeneigt. Der Mitbegründer der IB Österreich, Martin Sellner, sagte in einem Interview am 17. Juni während eines IB-Aufmarsches in Berlin auf die Frage nach der »Alternative für Deutschland« (AfD): »Parteien und Bewegungen sind nötig. (...) Patriotische Bewegungen sind keine Konkurrenz.«, und schloss damit eine Kooperation nicht aus. Einen Monat später beschloss die AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) auf ihrem Bundeskongress in Bingen, dass eine Zusammenarbeit mit der IB ausgeschlossen sei und distanzierte sich von dieser. Eine Distanzierung, die wohl nicht bindend für alle AfD-Verbände ist. In Mecklenburg-Vorpommern machte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Holger Arppe auf einer Veranstaltung des rechten Magazins »Compact« am 24. August in Schwerin, zu der auch der nicht erschienene Martin Sellner als Gastredner geladen war, klar, dass er keinen Grund für eine Distanzierung sehe: »Von der Identitären Bewegung kann sich dieser ganze linksextremistische Abschaum mal 'ne Scheibe abschneiden.«
Auch der JA-Landesvorsitzende Robert Schnell betonte bei derselben Veranstaltung, man habe als Landesverband gegen die Abgrenzung gestimmt. Die Kontakte zur AfD existieren schon seit längerem. Der »Identitäre« und Burschenschafter – in der »Burschenschaft Redaria-Allemannia Rostock« – Thore Ragnar Teufel pflegt schon aus familiären Gründen Kontakte zur Partei. Thores Bruder, Teja Teufel, ist stellvertretender Landesvorsitzender der JA in Schleswig-Holstein. Thore Ragnar Teufel, Torsten Görke und Hannes Krünägel nahmen am 11. Juni 2016 an einem Aufmarsch der IB unter dem Motto »Europa verteidigen« in Wien teil. Auch waren Fiß und Teufel bei der »Compact«-Veranstaltung. Bei der AfD-Wahlparty am 4. September in Schwerin, von der selbst PressevertreterInnen nicht uneingeschränkt berichten konnten, feierten auch »Identitäre« gemeinsam den Wahlerfolg der AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Zu Schnittchen und Sekt lauschten Hannes Krünägel und Torsten Görke der IB-nahen Melanie Schmitz, die im weißen Sommerkleidchen ihr Pro-AfD-Lied auf der Bühne performte.

IBD zieht nach Rostock

Die kommenden Wochen werden für die »Identitären« im Nord-Osten ereignisreich werden. Die »Identitäre Bewegung Deutschland« hat angekündigt, ihren Hauptsitz in die mecklenburgische Hansestadt Rostock zu verlegen. Grund dafür soll die hohe Dichte an IB-Funktionären sein, die in der Region wohnen. Im Gespräch sei ein Haus in der Rostocker Innenstadt. In diesem sollen zukünftig Lesungen, Veranstaltungen und Methoden-Training stattfinden. Auch wenn die IB MV mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet wird, ist zu befürchten, dass das Vorhaben auf wenig Widerstand stoßen wird. Die engen Verbindungen zur AfD dürften beim Erwerb des Hauses hilfreich sein.
Vermutlich spekuliert die IB darauf, dass seitens der Rostocker Stadtverwaltung mit keinerlei Problemen zu rechnen sei. So brüstet sich Fiß damit, dass sich Mitglieder der »Unabhängigen für Rostock« (UfR), aus der auch der Rostocker Oberbürgermeister Roland Methling stammt, mit der IB MV zum inhaltlichen Austausch getroffen haben. Die UfR dementiert dies und spricht von einem zufälligen Zusammentreffen im Restaurant

Elitäre Selbstinszenierung der »Ibster«

»Return Your Revolt Into Style« proklamierte die faschistische Band »Von Thronstahl« 2010 auf ihrem gleichnamigen Album. Es gibt wohl kaum eine extrem rechte Organisation im deutschsprachigen Raum, die sich diesen Slogan so sehr zu eigen gemacht hat wie die »Identitäre Bewegung«.

von Eva Grigori und Bernd Schulter



Zwar tauschten die sich selbst als »Ibster« bezeichnenden »Identitären« die schwarzen Breeches-Hosen und die kniehohen Reitstiefel gegen Jeans und New-Balance-Schuhe, geblieben aber ist die selektive Rezeption allerlei faschistischer und zutiefst reaktionärer Denker, gemischt mit popkulturellen Zitaten und elitärem Habitus. Wie keine andere vergleichbare rechte Bewegung zuvor arrangiert die »Identitäre Bewegung« (IB) ein narzisstisches Wechselspiel aus Ästhetik, Aktionismus und Personenkult.

Inszenierte Oberflächlichkeit

Die IB ist ein Phänomen der inszenierten Oberflächlichkeit, das die Kader zum politischen Prinzip erhoben haben. Von Beginn an definierten sich die AkteurInnen weniger durch eine geschlossene Ideologie, als vielmehr durch eine öffentlichkeitswirksame Inszenierung, in der zuletzt ihre Kader im Zentrum standen. Auf Social-Media-Kanälen wurden durch Live-Übertragungen allerlei Dinge aus dem Leben der Kader bekannt: von der Inneneinrichtung der Wohnungen über die neuen Schuhe bis zur auf dem Nachttisch liegenden Heidegger-Gesamtausgabe. Diese Selbstdarstellung der eigenen Alltäglichkeit folgt der Selbstverortung als rechte Avantgarde.

Die »Identitären« haben, anders als zum Beispiel die »Autonomen Nationalisten«, eine durchaus eigenständige und wiedererkennbare äußere Form gefunden, die sich nicht nur in der Symbolik, sondern gerade auch in der collagenartigen Rezeption und Verschränkung von reaktionären bis faschistischen politisch-philosophischen und popkulturellen Fragmenten manifestiert. Ergänzend werden in provokanter Manier als links geltende Bands wie »Tocotronic« und »Das Flug« oder Zitate der Frankfurter Schule integriert. Dominantestes Moment dieser Gesamtschau: die mit einer Angstlust besetzte Vorstellung der möglichen eigenen Vernichtung durch den »Bevölkerungsaustausch«.

Ihre Inszenierung ist dabei primär nicht nach innen, sondern vielmehr an eine breite Öffentlichkeit gerichtet. Anders als viele neuere extrem rechte Gruppierungen wollen die »Identitären« als individuelle Gruppenzugehörige erkannt und wahrgenommen werden. Ihre Zeichen und Symbole sind nur zu Teilen verschlüsselt und in überwiegender Mehrheit auch ohne direkte Insider-Kenntnisse zu deuten.

Hinzu kommt die Exposition der tonangebenden Kader, die vor allem in Österreich und zunehmend auch in Deutschland unter ihrem Klarnamen auftreten. Die Orientierung an der italienischen »Casa Pound«, die dieses Konzept von »Schutz durch Öffentlichkeit« bereits erfolgreich seit Jahren anwendet, ist offensichtlich. Eine antifaschistische Strategie wie das »Outing« neonazistischer Kader verliert dadurch an Wirkung.

Fragwürdige intellektuelle Aufwertung

Die IB existierte nie, wie es vielfach von Seiten des deutschen Verfassungsschutzes proklamiert wurde, ausschließlich als »Internetphänomen«. Vielmehr war das Internet für die IB immer ein erweiterter Aktionsraum, der geschickt mit der realen Welt verflochten wurde. Ihr Aktionismus denkt die mediale Rezeption immer schon mit: Einprägsame Bilder, eingängige Slogans, markante Personen. Mittels hochwertigen Equipments wird ihr Handeln daran ausgerichtet, möglichst hohe Klickzahlen und damit breitenwirksame Rezeption zu erreichen.

Ihren elitären Gestus speist die IB nicht aus intellektuellen Referenzen oder Aktionen, sondern aus der zum Teil massiven intellektuellen Aufwertung durch die sie Kritisierenden und aus der relativen Unbekanntheit ihrer Bezugsquellen.

Aus einer oberflächlichen Beschäftigung mit dem russischen Faschisten Alexander Dugin wird der IB eine komplexe theoretische Abhandlung zugesprochen. Die Re-Inszenierung der Comicverfilmung »300«, gemischt mit Zitaten der griechischen Philosophie, wird zum stringent durchdachten Gedankengebäude stilisiert.

Das eigentliche Ansinnen einer Kritik an diesen Inszenierungen, die vermeintliche historische, philosophische und künstlerische Bezüge analysiert, entwickelt sich vielfach zu einer Aufwertung als »intellektuelle rechte Avantgarde«, die aus der Imagination der Kritisierenden selbst gespeist ist. Letztlich werden so die Bilder und Narrative verfestigt, die man eigentlich delegitimieren wollte.

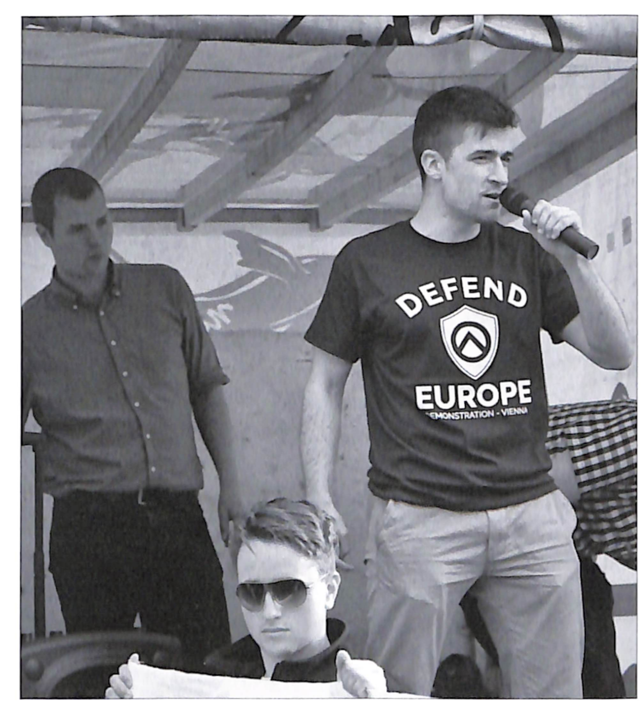
Dieser problematische Umstand wird vielfach dadurch gestützt, dass Teile der identitären Bezugs- und Fixpunkte außerordentlich unbekannt sind. Personen, wie der faschistische japanische Dichter Yukio Mishima, der aus dem Dunstkreis der »Konservativen Revolution« stammende Friedrich Hielscher oder Alexander Dugin sind im Diskurs um rechte Ideologien eher obskure Randfiguren.

Eine emanzipatorische Kritik der Inszenierung der IB hat die Aufgabe, den Ausbau der extrem rechten Collage allein durch vertiefende Rezeption ihrer Fragmente zu verhindern. Die Attraktivität der IB speist sich weniger aus ihrem intellektuellen Potential, als vielmehr aus dem Gefühl der Erhabenheit der RassistInnen. Diese bildet die Grundlage für die elitäre Inszenierung und das identitäre – durchaus ironisch am Hipster orientierte – Lifestyle-Angebot. Eine Kritik der IB darf sich nicht ausschließlich im oberflächlichen Gestus einer popkulturellen Analyse verfangen. Für die Kritisierenden gilt vielmehr aufzuzeigen, worum es sich bei der IB handelt: um eine neofaschistische Kaderorganisation, die eine völkische Bewegung ins Rollen bringen möchte.

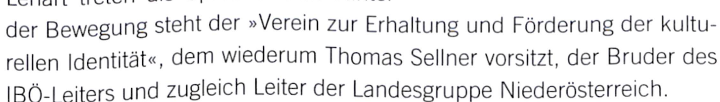
Die »Identitäre Bewegung« in Österreich

Aktivistisches Sammelbecken mit uneindeutiger Agenda

von Bernd Schulter



^ *Martin Sellner redet am 17. Juni 2016 in Berlin*

Kaum eine ihrer Aktion wurde nicht öffentlich diskutiert und »analysiert«. Führender Kopf: Martin Sellner, Leiter der »Identitären Bewegung Österreich« (IBÖ). Vielfaches Fazit: Bei der Bewegung handle es sich um eine »junge, dynamische und aktionsorientierte« Form der »Neuen Rechten«. Was bei dieser Selbstinszenierung vergessen wird: Wirklich neu ist daran nur wenig.
Derzeit gliedert sich die IBÖ in die vier Landesgruppen Steiermark, Salzburg, Wien und Niederösterreich sowie die Arbeitsgruppen »Theorie« und »Fundraising«. Martin Sellner und Patrick Lenart treten als Sprecher auf. Hinter

der Bewegung steht der »Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität«, dem wiederum Thomas Sellner vorsitzt, der Bruder des IBÖ-Leiters und zugleich Leiter der Landesgruppe Niederösterreich.

Unbekannte Spenden

Offizielle Mitgliederzahlen wie auch genaue Finanzquellen werden versucht geheim zu halten. In einem Tweet der IB wird behauptet, über ein neues Konto in Ungarn zu verfügen. Allerdings forciert Sellner den Austausch mit dem deutschen Think-Tank »Institut für Staatspolitik« (IfS) und dessen Vorfeldorganisation »Ein Prozent«, wobei nach Informationen der Tageszeitung »Der Standard« mehrere tausend Euro geflossen sein sollen. Von Beginn an erforderte der Auf- und Ausbau der IBÖ die Zuwendung privater SpenderInnen. Dafür schuf der Verein die AG »Fundraising«, angeleitet durch Edwin Hintsteiner, ehemaliger Leiter der IB Salzburg. In ihrem Halbjahresbericht 2016 gibt die IBÖ an, von mehreren hundert PrivatspenderInnen finanziert zu werden. Ihren Angaben folgend floss dieses Geld in die juristische Absicherung der Kader, in den Aufbau von Infrastrukturen und die Organisation von Aktionen. Ob hier auch Gelder aus dem von Martin Sellner betriebenen Versandhandel «Phalanx« eine Rolle spielen, bleibt offen.

Etablierungsversuche

Zwar konnte die IBÖ seit 2014 durchaus wachsen, augenscheinlich ist jedoch, dass sie ihre Strukturen bislang fast ausschließlich in Städten festigte, in denen bereits ein stark ausgeprägtes völkisches Burschenschaftsmilieu existiert, wie in Wien, Graz und Linz. Die zentralistische Ausrichtung auf die österreichische Hauptstadt verhindert zudem, dass die IBÖ bedeutenden Einfluss außerhalb des urbanen Raums entfaltet. Allerdings zeigen die »Herbstakademie« des IfS in Graz und das »Europäische Forum« in Linz im Oktober dieses Jahres, dass sich die gesamte extreme Rechte in Österreich und darüber hinaus derzeit intensiv vernetzt und organisiert. Die Kontakte zu ausländischen Organisationen ermöglichen auch größere Aufmärsche, wie im Juni in Wien, mit über 600 teils extrem gewaltbereiten Teilnehmenden aus mindestens sechs Ländern.

Die identitären Ableger außerhalb Wiens mit ihren Versuchen sich als »patriotische Jugendarbeit« zu inszenieren und im Stil von »Casa Pound« Kulturzentren zu eröffnen, deuten darauf hin, dass die IBÖ daran arbeitet, eigene Strategien der Etablierung jenseits der Städte zu finden. In diesem Kontext muss auch die Entwicklung einer Führungsstruktur gesehen werden. Zahlreiche Kader sind in völkischen Verbindungen korporiert oder bewegten sich vor ihrem Engagement in der IBÖ im neonazistischen Spektrum. Allen voran Martin Sellner, der 2008 noch an einer Gedenkveranstaltung für einen NS-Luftwaffenpiloten in Wien teilnahm, bei der auch der mehrfach verurteilte Holocaustleugner Gottfried Küssel anwesend war.
Trotz ihres Wachstums brachte die Bewegung kaum neue öffentlichkeitswirksame Personen hervor. So wurden bis auf wenige Infotische im ländlichen Raum viele Aktionen immer wieder von denselben Kadern organisiert. Die Versuche, junge Frauen aus ihren Reihen medienwirksam zu inszenieren, können darüber kaum hinwegtäuschen. Außerdem werden wichtige AkteurInnen gezielt dazu eingesetzt, in weiteren österreichischen Städten sowie in Deutschland Strukturen aufzubauen.

Inhaltliche Differenzen

Ideologisch zeigt sich die Mischung aus (Ex-)Neonazi-AktivistInnen, völkischen Burschenschaftern und neuen Mitgliedern in der Uneindeutigkeit der politischen Agenda. Bis auf das Verschwörungsnarrativ des »Großen Austauschs« und die Ethnisierung sozialer Konflikte mittels antimuslimischen Rassismus gibt es bei der IBÖ nur wenig Einigkeit. Auch wenn Martin Sellner das Gesicht der Bewegung ist, so haben sich hinter ihm längst verschiedene AkteurInnen mit den unterschiedlichsten Ansichten gesammelt. Noch sind es Kader wie Sellner, die das Gewaltpotential der Bewegung begrenzen, weshalb bewaffnete Angriffe wie die auf TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration im Januar dieses Jahres in Graz bisher die Ausnahme waren.
Ein Beispiel für die inneren Differenzen ist die vermeintliche Degradierung von Alexander Markovics vom Vorsitz der IBÖ zum Leiter der eigens für ihn geschaffenen »AG Theorie«. Seine Kontakte zu allerlei faschistischen, neonazistischen und »eurasischen« Ideologien, wie sie Alexander Dugin vertritt, wurden selbst seinen Kameraden zu unangenehm.
Trotz dieser internen Kämpfe hat sich die IBÖ mittlerweile als feste und hervorragend vernetzte Größe im außerparlamentarischen rechtsextremen Spektrum verankert. Gerade wegen ihrer zentralistischen und führerfixierten Struktur ist sie außerordentlich aktionsfähig und im deutschsprachigen Raum Vorbild und tonangebende Gruppe zugleich – eine Position, die sie sich so schnell nicht streitig machen lassen wird.

Schulterschluss zwischen »Identitärer Bewegung« und »Front National«

Attentatsperioden sind gewöhnlich gute Zeiten für die extreme Rechte, um ihre Hetze unters »Volk« zu bringen. Was den »Identitären« in Frankreich gelang, ist ein besonders erfolgreicher Propagandacoup.

von Bernard Schmid



Nizza, die fünftgrößte Stadt Frankreichs, war schon seit langer Zeit eine Hochburg der extremen Rechten unterschiedlicher Schattierungen. Von Juni 1995 bis März 2008 regierte hier der erst im November 1994 aus dem »Front National« (FN) ausgetretene Politiker Jacques Peyrat als Bürgermeister. Neben einem relativ starken FN ist Nizza auch eine Hochburg der überwiegend außerparlamentarisch aktiven »Identitären Bewegung« (IB). Eine örtliche Besonderheit ist zudem, dass die »Identitären« lokal und regional auf Wahllisten des FN antraten und nun mit eigenen MandatsträgerInnen in den Parlamenten vertreten sind. Ihr örtlicher Chef Philippe Vardon sitzt seit den Regionalwahlen vom Dezember 2015 im Regionalparlament Südostfrankreichs in Marseille.

Vereinnahmung von Anschlagsopfern

Nizza ist auch die Stadt, an deren Uferpromenade sich am Abend des französischen Nationalfeiertags, dem 14. Juli 2016, eines der schlimmsten jüngeren Attentate ereignete. Mohamed Lahouaiej Bouhlel, dem eine psychische Störung attestiert wurde und der vom sogenannten »Islamischen Staat« beeinflusst war, überfuhr mit einem LKW hunderte Menschen und tötete 85 von ihnen.

Mehrere bürgerliche Vereinigungen wie die »Promenade des Anges« (dt. »Promenade der Engel«), »Montjoye« und die »Association française des Victimes du Terrorisme« (AFVT, dt. »Französische Vereinigung der Terrorismusopfer«) wollen das Gedenken an das Massaker für ihre Organisation vereinnahmen. Organisierte Rechte versuchen, die Trauer und Arbeit von Opferverbänden, die für eine Entschädigung und Betreuung von Verletzten oder Hinterbliebenen eintreten, zu infiltrieren und für ihre Propaganda zu nutzen. Zuletzt wurde im Oktober dieses Jahres die »Association de soutien aux victimes d'actes du terrorisme« (ASVAT, dt. »Vereinigung zur Unterstützung der Opfer von terroristischen Taten«) gegründet; sie bezeichnet sich als »parteipolitisch unabhängig« und »patriotisch«. Doch die Presse fand schnell heraus, dass sich dahinter die IB verbirgt, wie unter anderem die Tageszeitung »Libération« berichtete. Die offizielle Vorsitzende dieser Vereinigung ist Liane d'Argelier, die mit richtigem Namen Maryline Canovas d'Argelier heißt. Im Jahr 2013 tauchte ihr Name im Zusammenhang mit dem heutigen IB-Aktivisten Vardon bei einer Aktion »Islamisation Basta!« auf, die sich damals gegen einen geplanten Moscheebau in Nizza richtete.

2.000 AnhängerInnen im ganzen Land

Auch in Nordfrankreich erregte die IB jüngst Aufmerksamkeit. Im September 2016 eröffnete dort eine Bar unter dem Namen »La citadelle«, die zugleich als »Identitäres Haus« mit Sportkursen – andere sprechen von Nahkampfunterricht – und juristische Beratungsstelle dienen soll. Am Tag der Eröffnung richtete sich eine linke Demonstration mit mehreren hundert TeilnehmerInnen gegen die neofaschistische Anlaufstelle. Außerdem kamen bisher 67.000 Unterschriften unter eine Petition gegen das rechte Haus zusammen, die sich an die Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry, richtet. Zwar initiierten AnhängerInnen der IB eine Petition zur Unterstützung der »Zitadelle«, diese erreichte bis heute aber nur etwa 3.700 Unterschriften.

Die IB behauptet, in der Region Lille über rund 300 und frankreichweit über rund 2.000 aktive AnhängerInnen zu verfügen. Seitdem sie im März 2014 kurzzeitige symbolträchtige Patrouillengänge in der Métro von Lille liefen, weil »die Bürger nicht mehr in Sicherheit« seien, machten die örtlichen »Identitären« unter ihrem jungen und als charismatisch geltenden Anführer Aurélien Verhassel von sich reden.

Aktivismus gegen Flüchtlinge und Muslime

Zu den wichtigsten Aktionsfeldern der französischen IB gehört die Agitation gegen Einwanderung und den Islam. Seit 2003 treten sie in Gestalt des »Bloc identitaire« in Erscheinung, der in diesem Jahr in »Les Identitaires« umbenannt wurde und seit 2012 über die Jugendorganisation »Génération identitaire« verfügt (s. drr Nr. 143).

Im März 2016 besetzten 130 ihrer AktivistInnen im Stadtzentrum von Calais gleichzeitig drei Brücken gegen ein Camp von Flüchtlingen außerhalb der Stadt, das als »Jungle« (dt. »Dschungel«) bezeichnet wird. Etwa 8.000 Menschen hofften hier auf eine Weiterreise nach England, doch am 24. Oktober begann die polizeiliche Räumung des Lagers; die Flüchtlinge sollen nun in neue Unterkünfte über ganz Frankreich verteilt werden.

Ähnlich wie die später entstandenen deutschen und österreichischen Ableger, betreiben auch die französischen IB-Organisationen ihre rassistische Agitation: »Der Staat schützt unsere Grenzen nicht, deswegen müssen wir es selbst übernehmen.« Seitdem der FN im September 2016 begann, erstmals jenseits von Wahlkämpfen auf die Straße zu drängen, um gegen die nun geplanten Flüchtlingsunterkünfte in ganz Frankreich zu demonstrieren, schlossen sich vielerorts auch die »Identitären« an. In Städten wie Louveciennes in der Nähe von Paris und Montpellier demonstrierten sie Seite an Seite mit dem FN und teilweise gemeinsam mit Konservativen.



in MV gibt es viel Aktionen der »IB« – aber mit wenig TeilnehmerInnen – in Rostock soll nach eigenen Angaben die Zentrale der »Identitären« entstehen

Hitlergruß vom RechtsRock- Festival

Revine Lago/Italien. Am 3. und 4. September hat in der norditalienischen Provinz Treviso erneut das seit 1991 alle fünf Jahre veranstaltete RechtsRock-Festival der »Veneto Fronte Skinheads« stattgefunden. Laut Veranstalter soll es mit mehreren tausend BesucherInnen das größte Festival dieser Art in Europa sein und lockte unter anderem Neonazis aus Spanien, Deutschland, Österreich und Ungarn an. Neben internationalen Neonazi-Bands wurden politische Vorträge angeboten. Trotz Protesten konnte das Festival stattfinden, der Bürgermeister von Revine Lago sagte der Presse, er sei durch das Gesetz gezwungen, »diese Art von Tourismus« hinzunehmen, da ein Privatgelände genutzt werde. Im Nachhinein sorgte ein Bild in den sozialen Netzwerken für Empörung, auf dem eine Gruppe von Kindern den Hitlergruß zeigt.

Neonazimord in Finnland

Helsinki/Finnland. Am 10. September haben 20 Neonazis der Gruppe »Suomen Vastarintaliike« (SVL, «Finnische Widerstandsbewegung«) während einer von ihnen abgehaltenen Kundgebung den 28-jährigen Antifaschisten Jimi Karttunen angegriffen, der sein Missfallen geäußert hatte. Er starb am 16. September an einer Hirnblutung in Folge der ihm zugefügten Verletzungen. Zwei Tage später veröffentlichte die SVL ein Video, das den blutenden Karttunen zeigt mit dem Kommentar: «Wir mussten Leute ‹ordnen›, die uns herausgefordert haben«. Das finnische Antifa-Netzwerk »Varis« identifizierte Mitglieder der SVL, die bereits wegen mehrfacher gefährlicher Körperverletzung, Messerstichen auf einen Migranten und einen Angriff mit Tränengas auf eine Gay-Pride im Jahr 2010 aufgefallen waren.

Freiheitliche Akademie feiert Ende der »Türkenbelagerung«

Wien/Österreich. Am 12. September hat die der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) nahestehende Organisation »Freiheitliche Akademie« eine Veranstaltung unter dem Motto »12. September 1683 – Abendland beschützen, damals wie heute« abgehalten. Nach Angaben des Veranstalters waren rund 500 TeilnehmerInnen ins Palais Ferstel gekommen, um den 333. Jahrestag des Endes der »Türkenbelagerung« zu feiern. Unter den Rednern fanden sich der Historiker Lothar Höbelt, der unter anderem für die extrem rechte Zeitschrift »Aula« schreibt sowie Hans-Christian Strache, der in seiner Rede den »Schutz des Abendlandes« auch als »Auftrag für die Zukunft« bezeichnete.

Schweizer Neonazi verurteilt

Lausanne/Schweiz. Am 22. September hat das Schweizer Bundesgericht den Neonazi-Skinhead Sebastien N. zu 14 Jahren Freiheitsstrafe mit ambulanter Psychotherapie verurteilt. Das Urteil erging wegen versuchter vorsätzlicher Tötung sowie Verstoßes gegen das Waffengesetz. Für frühere Delikte muss er zusätzlich drei Jahre und drei Monate absitzen. Am 5. Mai 2012 hatte er einem ehemaligen »Blood & Honour-Kameraden« in den Brustkorb geschossen, dieser überlebte. N. floh nach der Tat nach Hamburg, wo er früher der »Weisse Wölfe Terrorcrew« angehört hatte.

Größtes Schweizer RechtsRock-Konzert

Unterwasser/Schweiz. Am Abend des 15. Oktober haben über 5.000 Neonazis aus ganz Europa das bislang größte RechtsRock-Konzert der Schweiz besucht. Aus Deutschland spielten die Bands »Stahlgewitter«, »Frontalkraft«, »Confident of Victory« und »Exzess« sowie der Rapper »Makks Damage«; aus der Schweiz war die Band »Amok« dabei. Die OrganisatorInnen sind dem »Blood & Honour«-Umfeld zuzurechnen. Das Konzert fand in einer umgebauten Tennis- und Eventhalle statt. Die Behörden hatten Kenntnis von der Anreise der Neonazis, intervenierten aber nicht. 2013 fand in der Region bereits ein Konzert mit mehreren hundert Neonazis statt.

Ungarischer Neonazi erschießt Polizisten

Bőny bei Győr/Ungarn. Am 26. Oktober wollte die ungarische Polizei eine Razzia auf dem Anwesen von István Györkös durchführen, dabei feuerte Györkös auf die BeamtInnen und verletzte einen Polizisten tödlich. Der 75-jährige Györkös ist Gründer der »Magyar Nemzeti Arcvona« (»Ungarische Nationale Front«, MNA). Die MNA steht in Tradition von Ferenc Szálasi und der »Hungaristen-Bewegung/Pfeilkreuzler«. Szálasi regierte Ungarn von 1944 bis 1945. Bisherige Aktivitäten von Györkös wie internationale Neonazi-Treffen und Wehrsportübungen blieben von den Behörden unbehelligt.

Haverbeck sammelt Haftstrafen

Detmold/Bad Oeynhausen. Am 2. September wurde die 87-jährige Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck erneut verurteilt. Das Amtsgericht Detmold verhängte eine achtmonatige Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Volksverhetzung. Das Urteil ist bislang nicht rechtskräftig. In einem Brief hatte sie das KZ Auschwitz als »Arbeitslager« bezeichnet, Überlebende des Konzentrationslagers nannte sie »angebliche Zeugen«. Wie bisher immer waren bekannte Neonazis zum Prozess angereist, welche die Richterin bei der Urteilsverkündung als »Lügnerin« beschimpften, ein Mann zeigte den Mittelfinger. Am 11. Oktober wurde Haverbeck dann vom Amtsgericht Bad Oeynhausen zu elf Monaten, ebenfalls ohne Bewährung verurteilt. Das Urteil ist bislang nicht rechtskräftig. Sie hatte unter anderem in einem Brief an den »Zentralrat der Juden« und auf ihrer Internetseite den Holocaust geleugnet. Auch hier waren etwa 20 SympathisantInnen anwesend, die Haverbeck applaudierten und die Verhandlung durch Zwischenrufe störten. Ein weiteres Gerichtsverfahren steht im November in Verden aus.

Rechte Gewalt in Dortmund

Dortmund. Am 14. August soll eine Gruppe von Neonazis einen 24-jährigen Antifaschisten mit einem Messer angegriffen haben. Einige Tage zuvor sei er bereits im Stadtteil Dorstfeld mit Flaschen beworfen worden, berichtet er. Als Reaktion auf den Angriff zogen am 20. August etwa 700 AntifaschistInnen unter dem Motto »Es reicht! – Rechte Gewalt in Dortmund stoppen« durch Dorstfeld, wo sie von den dort wohnenden Neonazis mit Farbbeuteln und Böllern beworfen wurden. In Sichtweite der Abschlusskundgebung provozierten die Neonazis mit einem aus dem Fenster gehängten Hitler-Transparent. In den folgenden Wochen kam es immer wieder zu Übergriffen: Am 27. August bewarfen drei betrunkene Neonazis einen linken Buchladen mit Flaschen und bedrohten drei Anwesende und in der Nacht auf den 11. September griffen Neonazis zwei junge Männer mit Pfefferspray an.

Angriffe auf Moscheen

Parchim/Dresden. Am 26. August haben Unbekannte den Eingang der Parchimer Moschee zugemauert, mit fremdenfeindlichen Parolen beklebt und ein Bild davon auf einer rechten Plattform gepostet. Einige Monate zuvor waren die Fassaden des Hauses großflächig mit Parolen beschmiert worden. Am 27. September wurde in Dresden ein Sprengstoffanschlag auf die Ditib-Moschee verübt. 2015 wurden bundesweit 75 »politisch motivierte« Angriffe auf Moscheen gemeldet.

»Sportliche« Sachsen

Niesky. Am 17. September hat in der sächsischen Kleinstadt Niesky bei Bautzen das »Ostsächsische Sportfest« stattgefunden. Beworben hatte die Veranstaltung die »Anti-Antifa«-Kameradschaft »StreamBZ« unter dem Motto »Sport frei«. Rund 70 Fahrzeuge aus ganz Sachsen parkten vor dem Gelände, das zuvor schon von der NPD genutzt worden war. Die »sportlichen Leistungen« wurden mit Pokalen und Urkunden belohnt, ein Foto zeigt Kinder bei Schießübungen mit Luftgewehren. In der Nacht zuvor patrouillierten etwa 120 Neonazis, bei einer Gruppe wurden Holzstöcke und Eisenstangen gefunden, die Polizei vermeldete »keine besonderen Vorkommnisse«.

Abschlussparty gestürmt

Cottbus. Am 23. September stürmte eine Gruppe von etwa 20 Maskierten einen als linksalternativ geltenden Jugendclub, in dem eine Abschlussfeier von KrankenpflegerInnen stattfand. Die AngreiferInnen pöbelten herum, klebten »No Asyl«-Aufkleber an und schlugen zwei Frauen ins Gesicht. Die Gruppe floh beim Eintreffen der Polizei. Neun Männer wurden festgenommen, bei ihnen wurden ein Springmesser, ein Axtstiel und Sturmhauben gefunden. Die Polizei ermittelt insgesamt gegen zwölf Personen, von denen einige wegen Gewaltdelikten bekannt sind. Die BetreiberInnen des Jugendclubs berichteten, im vergangenen Jahr bereits dreimal von Rechten überfallen worden zu sein.

Bürgermeister niedergeschlagen

Oersdorf. Am 29. September ist der Bürgermeister von Oersdorf mit einem Knüppel auf den Hinterkopf geschlagen worden. Er war auf dem Weg zu einer Ausschusssitzung, bei der die Unterbringung von Flüchtlingen in einem Haus der Gemeinde thematisiert wurde. Die zuvor angesetzten Sitzungen waren bereits zweimal wegen Bombendrohungen abgesagt worden. Seit Monaten hatte der Bürgermeister Drohbriefe erhalten, der Staatsschutz ermittelt zwar, aber »auch außerhalb fremdenfeindlicher Motive«. Eine Umfrage der Zeitschrift »kommunal« im Sommer diesen Jahres ergab, dass die Hälfte der BürgermeisterInnen und Gemeinderäte deutscher Kommunen wegen der Unterbringung von Geflüchteten schon Opfer von Beschimpfungen, Hassmails oder Schmierereien geworden sei.

Angriff auf syrische Kinder

Sebnitz. Am 6. Oktober sind drei syrische Kinder im Alter von fünf, acht und elf Jahren an einer Bushaltestelle von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen worden. Die Angreifer riefen rechte Parolen, beschimpften die Kinder, bedrohten sie mit einem Messer und prügelten auf sie ein. Die Polizei setzte in der näheren Umgebung mehrere Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren fest und ermittelt nun, ob sie im Zusammenhang mit der Tat stehen.

Familie in eigener Wohnung angegriffen

Merseburg. Am Abend des 6. Oktober sind ein Mann aus Liberia und seine Familie in ihrer Wohnung angegriffen worden. Ein Nachbar und ein weiterer Mann hatten an der Tür geklingelt, nach eigener Aussage, um sich über zu laute Musik zu beschweren. Als der Mann die Tür öffnete, prügelten sie mit einem Schlagring und einem Teleskop-Schlagstock auf ihn sowie seine Frau und seinen Enkel, die dazu kamen, ein. Dabei sollen sie rechte Parolen gerufen haben, beide waren stark alkoholisiert. Die Familie musste im Krankenhaus behandelt werden, der fünfjährige Junge musste bis zum 8. Oktober im Krankenhaus bleiben. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Verstoß gegen das Waffengesetz und Sachbeschädigung. Ein fremdenfeindliches Motiv könne nicht ausgeschlossen werden, so die Polizei.

Polizeiwache angegriffen

Magdeburg. Am 8. Oktober hat eine elfköpfige Gruppe Neonazis die Wache der Bundespolizei überfallen. Sie wollten einen »Kameraden« befreien, der zuvor auf der Rückreise von einer Neonazidemonstration in Dessau-Roßlau wegen mutmaßlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte festgenommen worden war. Die Gruppe von neun Männern und zwei Frauen wurde in Gewahrsam genommen, gegen sie wurde Anzeige wegen Gefangenenbefreiung gestellt.

Zwei Jahre PEGIDA

Dresden. Am 16. Oktober hat die rechte BürgerInnenbewegung PEGIDA ihr zweijähriges Bestehen gefeiert. Statt der erwarteten 10.000 TeilnehmerInnen kamen schätzungsweise nur etwa 6.500 bis 8.500 Rechte auf den Theaterplatz. Während der dreistündigen Kundgebung traten unter anderen Götz Kubitschek, Herausgeber der »Sezession«, Jürgen Elsässer, Herausgeber des »Compact«-Magazins, sowie Martin Sellner, Chef der »Identitären-Bewegung« in Österreich, Renate Sandvoß von »Journalistenwatch« und Tommy Robinson, Gründer und ehemaliger Leiter der »English Defense League« als RednerInnen auf. Da ein Bürgerfest und mehrere antirassistische Demonstrationen zuerst angemeldet worden waren, fand die Kundgebung nicht wie gewohnt montags statt. Lutz Bachmann forderte seine AnhängerInnen auf, zu diesem Anlass eine »Raucherpause« auf dem Neumarkt einzulegen, womit er auch schon zur Störung der Feierlichkeiten anlässlich des »Einheitsfestes« am 3. Oktober aufgerufen hatte.

Rechter Kongressmarathon

Wismar / Linz (Österreich) / Berlin. Eine Reihe rechter Kongresse war ab Mitte Oktober geplant: vom 21. bis zum 23. Oktober fand in Wismar ein »Freiheitlicher Kongress« statt, der von der europäischen extrem rechten Partei »Alliance for Peace and Freedom (APF) und der ihr nahestehenden Stiftung »Europa Terra Nostra e.V.« organisiert wurde. Dazu waren Vertreter neonazistischer Parteien aus ganz Europa geladen, unter anderem Nick Griffin von der »British National Party« (BNP) und Udo Voigt (NPD). Für die musikalische Unterhaltung sorgte Frank Rennicke.
Am 29. Oktober fand in Linz ein Kongress unter dem Titel »Verteidiger Europas« statt. Geladen hatte das »Europäische Forum Linz«, vertreten durch den »Verein für Meinungsfreiheit und unabhängige Publizistik«, der gleichzeitig auch der Herausgeber von »Info DIREKT – Magazin für eine freie Welt« ist. Laut Eigenangaben nahmen 500 Personen an der Veranstaltung teil. Die ReferentInnen und AusstellerInnen aus dem In- und Ausland deckten nahezu das gesamte rechte Spektrum ab.
Am 5. November fand in Berlin unter dem Motto »Jetzt erst recht – Offensive für die Meinungsfreiheit« ein Kongress des Magazins »Compact« statt. Proteste antifaschistischer Initiativen hatten eine Verzögerung um eine Woche und den Umzug von Köln nach Berlin bewirkt. Neben Jürgen Elsässer sprachen André Poggenburg (Fraktionsvorsitzender »Alternative für Deutschland«, Sachsen-Anhalt), Karl Albrecht Schachtschneider (»Studienzentrum Weikersheim«), Lutz Bachmann (PEGIDA) und Martin Sellner (»Identitäre Bewegung - Österreich«).

»Handbuch Rechtsextremismus«

von Sascha Schmidt

Fast 15 Jahre nach Erscheinen des letzten umfangreichen Handbuchs zum Thema »Extreme Rechte« liegt nun ein neues Handbuch vor. Im Gegensatz zu früheren Handbüchern liegt der Schwerpunkt dieses Bandes jedoch auf einer »systematischen und breit angelegten Darstellung des Forschungsstandes« und nicht auf einer Darstellung zentraler Personen und Organisationen. In 17 Kapiteln werden »wesentliche Aspekte des Rechtsextremismus«, des wissenschaftlichen Forschungsstandes und damit verbundene Debatten dargestellt.

An einen einleitenden Überblick über Begriffe, Forschungsfelder und Kontroversen (F. Virchow) schließen sich Darstellungen an zur Geschichte der extremen Rechten (G. Botsch) und »rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen« (A. Zick, B. Küpper). Es folgen Auseinandersetzungen mit Strategien (H.G. Jaschke), Themen (A. Häusler), Aktions- und Handlungsformen (H. Klare, M. Sturm), Organisationsformen (B. Klose, S. Reichwein) sowie mit der extremen Rechten als »Wahlkampfakteur« (Chr. Kopke) und (Miss-)Erfolgen von »Rechtsaußenparteien in Deutschland« (T. Spier). Zudem beinhaltet das Handbuch Beiträge zur »extremen Rechten als soziale Bewegung« (J. Schedler), zu »Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnissen« (R. Bitzan), »Bedeutung und Wandel von Kultur« (V. Weiß) sowie zum Verhältnis der extremen Rechten zu Religion (F. Wiedmann). Kritisch reflektiert werden die Darstellung des »Rechtsextremismus« als vermeintliches Jugendphänomen (M. Langebach) sowie »Befunde und Kontroversen im Problembereich der Kriminalität und Gewalt von rechts«. Die Kapitel zu Rechtspopulismus (K. Priester) und zur »Neuen Rechten« (M. Langebach, J. Raabe), in denen unter anderem die häufig fragwürdige Verwendung der Begriffe analysiert wird, dürften Potential für hoffentlich anregende Debatten bieten.

Die AutorInnen, viele langjährig als KennerInnen der Materie in Erscheinung getreten, vermitteln durchweg eine gute bis sehr gute Übersicht über die genannten Themengebiete. Ergänzt werden die Kapitel durch umfangreiche Literaturangaben. Erstaunlicherweise fehlt allerdings eine Auseinandersetzung mit Rechtsterrorismus. Zudem wurde auf ein Namens- und Organisationsregister »aufgrund der raschen Veränderungen« innerhalb der extremen Rechten verzichtet, was freilich hilfreich gewesen wäre.

Fabian Virchow, Martin Langebach, Alexander Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, Springer VS, 597 Seiten, 79,99 Euro, eBook 62,99 Euro.

»Neue soziale Bewegung von rechts?«

von Paul Wellsow

Angesichts des rasanten Aufstiegs der »Alternative für Deutschland« (AfD), rechter Mobilisierungen wie »PEGIDA« in Dresden, rassistischer Proteste und zunehmender Gewalt gegen Geflüchtete, gibt es ein Bedürfnis nach Analyse und Diskussion über die Ursachen der jüngsten Erfolge am rechten Rand. Mit dem schmalen Sammelband »Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste – Abstieg der Mitte – Ressentiments« haben Alexander Häusler und Fabian Virchow, beide vom »Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus« an der Fachhochschule Düsseldorf, einen lesenswerten Einstieg vorgelegt.

Den Herausgebern gelang es, 13 Beiträge von kompetenten AutorInnen aus der kritischen Wissenschaft, Publizistik sowie antifaschistischer Projekte zu den aktuellen Entwicklungen der extremen Rechten zusammenzustellen. Das selbstgesteckte Ziel, einen »Anstoß zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen eines neuen Rechtsrucks in Deutschland« zu geben, erfüllt der Band.

Die Herausgeber beschreiben die Brisanz der Entwicklung: Hier »wachsen Milieus und Organisationen aktionsorientiert zusammen, die vormals abgeschottet voneinander agiert hatten«. Es werde zu einem »rechten Kulturkampf« geblasen, »dessen Ziel ein reaktionär-autoritärer Umbau der Gesellschaft« sei. Gegen einen solidarischen Block in der Gesellschaft, der beispielsweise Geflüchtete unterstütze, aber bisher »nicht als politischer Faktor in Erscheinung getreten« sei, »treten die RassistInnen auf breiter Front an – im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum, in der gesellschaftlichen Debatte, auf der Straße und mit den Mitteln der Gewalt«.

Die Themen der Beiträge im Band: Protest und soziale Bewegungen von rechts, Rechtspopulismus in der ‹Berliner Republik›, die internationalen rechten ‹Counter-Jihad›-Netzwerke, die AfD als rechtspopulistische Bewegungspartei, die PEGIDA-Bewegung, rechte Instrumentalisierungen der Silvesterereignisse in Köln, die neu-rechte Initiative »Ein Prozent für unser Land«, Bürgerwehren, Medien der Rechten, die Parteien des Neonazi-Spektrums sowie rechte und rassistische Gewalt im Alltag. Wer einen aktuellen, kompakten und kompetenten Überblick über den heutigen Zustand der extremen Rechten in der Bundesrepublik und Ansätze zur Erklärung ihrer Erfolge sucht, wird in diesem Sammelband fündig.

Alexander Häusler, Fabian Virchow (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Hamburg 2016, VSA Verlag, 132 Seiten, 11 Euro.

Spieglein, Spieglein

von Axel Hoffmann

Der vorliegende wissenschaftliche Sammelband zu PEGIDA, in dem sich aus soziologischer Sicht mit der Bewegung und deren Verarbeitung in Medien, Politik und Zivilgesellschaft befasst wird, bereichert die Diskussion über die sächsischen »Patrioten«. Erstmals erfolgt eine umfassende Auseinandersetzung mit den Reaktionen und Wechselwirkungen, die in Politik, Medien und Sozialwissenschaften durch das Phänomen PEGIDA ausgelöst wurden. Die Untersuchungen bleiben nicht auf Dresden und Sachsen beschränkt, allerdings erfahren die Besonderheiten der »sächsischen Demokratie« eine besonders eingehende Analyse.

Besonders erfreulich ist hierbei, dass in verschiedenen Beiträgen die Thesen des ‹PEGIDA-Verstehers› Werner Patzelt, selbst Soziologe, klar widerlegt und als politisch motivierte Verharmlosung entlarvt werden.

Gravierende gesellschaftliche Veränderungen und weitreichende Entscheidungen einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden über Jahre als ‹alternativlose› Notstandsmaßnahmen gerechtfertigt. Statt die Ursachen sozialer Problemlagen in den Dynamiken der globalen Wirtschaft und der nationalen und europäischen Politik zu suchen, zogen sich VertreterInnen aller Parteien und Regierungskoalitionen oft auf einen Diskurs zurück, der die vermeintliche Bedrohung des nationalen Leistungs- und Wohlstandskollektivs durch ‹Andere› in den Mittelpunkt stellte. ‹Sozialschmarotzer›, Geflüchtete, von der globalen Krise besonders betroffene Länder Südeuropas, Kriminelle und Minderheiten wurden dabei zu Feindbildern und »Sündenböcken« für soziale Verwerfungen. Insofern formuliert der Herausgeber Dr. Tino Heim: »Pegida hält der Gesellschaft den Spiegel vor.« Ähnlich problematische Wechselwirkungen finden die AutorInnen auch in vielen Reaktionen aus Medien, Politik und Wissenschaft: Entweder gilt PEGIDA als Bewegung der ‹normalen Mitte›, deren ‹Sorgen› und ‹Ängste› ernstgenommen werden müssten; rassistische und islamfeindliche Positionen werden dabei bagatellisiert, legitimiert und damit verdoppelt. Oder die Politik grenzt sich vom ‹rassistischen› und ‹extremistischen› ‹Pack› ab, auch um von problematischen Implikationen der eigenen Realpolitik abzulenken.

Tino Heim (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2016, SpringerVS, 450 Seiten, 44,99 Euro, eBook 34,99 Euro.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name ____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Kai Budler (Seite 1)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 3, 4)
Lisa Krug (Seiten 8, 27, 28)
apabiz (Seite 11)
drr-Archiv (Seite 13)
Robert Andreasch (Seiten 14, 24, 25)
Kilian Behrens (Seite 17)
Sören Kohlhuber (Seiten 18, 22)
Michael Natz (Seiten 29, 31)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.